



Jahresbericht 2002

III. Wahlperiode



**KAV - Die Kommunale Ausländer-
und Ausländerinnenvertretung
Frankfurt am Main**

Jahresbericht 2002

III. Wahlperiode



**KAV - Die Kommunale Ausländer-
und Ausländerinnenvertretung
Frankfurt am Main**

Herausgegeben von:
Stadt Frankfurt am Main
Geschäftsstelle der KAV
Walter-Kolb-Str. 9-11
D-60594 Frankfurt am Main

Tel.: 0049/69/212-37765
Fax: 0049/69/212-34627
Email: info.kav@stadt-frankfurt.de

Redaktion: Geschäftsstelle der KAV
Layout: Mustafa Küçük - von Gruenewaldt
Druck:

Bestellungen über die Geschäftsstelle der KAV

Juni 2002

Inhalt

- I.** Vorwort des Vorsitzenden
- II.** 2002 – Im Focus der KAV
- III.** Die Sitzungen 2002
- IV.** Öffentlichkeitsarbeit
- V.** Chronologie
- VI.** Die Veranstaltungen der KAV 2002
- VII.** Ausländische Bevölkerung in Frankfurt nach Zahlen
- VIII.** Sitzungstermine 2003



Vorwort des Vorsitzenden

Im Jahre 2002 beging die KAV ihren 11. Jahrestag mit einem Festakt im Römerkeller. Es war auch ein Nachholen der 10-Jahresfeier, die wir wegen der Ausländerbeiratswahlen im Vorjahr nicht durchführen konnten.

Über 10 Jahre einer Vertretung für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind ein Anlass für ein kleines Resümee. Was hat die KAV in den zurückliegenden Jahren erreicht? Was hat sie nicht erreicht? Brauchen wir überhaupt eine KAV?

Die Ausländerbeiratswahlen 2001 haben einen Schatten über die Daseinsberechtigung der KAV geworfen, Parteien, die sowieso schon keine Legitimation für dieses Gremium gesehen haben, schienen nun ein weiteres Argument gefunden zu haben: die geringe Wahlbeteiligung!

Nun kann man dem zwar entgegenhalten, dass die Möglichkeit der EU-Bürger, direkt auf kommunalpolitischer Ebene mitzuwirken, die viel zu geringen Werbemöglichkeiten der an dieser Wahl beteiligten Listen, sowie die sehr eingeschränkten politischen Rechte der KAV natürlich nicht gerade zu hohen Wahlbeteiligungen führen, aber das will ich an dieser Stelle nur nebenbei anführen.

Die Daseinsberechtigung der KAV ergibt sich viel mehr aus der Situation der ausländischen Bevölkerung und aus den Anforderungen an eine demokratische Gesellschaft. Eine Minderheit muß Gelegenheit haben, ihre speziellen Bedürfnisse und Probleme zu artikulieren und angemessen der Politik und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dem hat die Hessische Gemeindeordnung auch Rechnung getragen. Die Gesetzgeber haben erkannt: Die deutschen Politiker, unter ihnen auch einige Wenige mit Migrationshintergrund, sowie die Politiker aus den EU-Ländern, können einen Ausländerbeirat, der sich speziell nur mit den nicht deutschen Einwohnern einer Stadt und deren Angelegenheiten befasst, nicht ersetzen. Daraus ergibt sich die hauptsächliche Legitimation eines Ausländerbeirates.

Die KAV hat eingeschränkte Möglichkeiten, das ist bekannt. Darüber hinaus schöpft sie so manches Mal noch nicht einmal die ihr zustehenden Rechte genügend aus - auch darüber wurde schon oft gesprochen. Jedoch darf die andere Seite nicht übersehen werden: die KAV hat schon sehr viel durchgesetzt, was ohne sie wohl kaum erreicht worden wäre.

Von den 15 Anregungen der KAV im Jahre 2002 stimmte die Stadtverordnetenversammlung einem Drittel (5) direkt zu. Weitere sieben wurden mit dem Vermerk "Prüfung und Bericht" an die Verwaltung gegeben. Da die KAV einen Antrag wieder zurückzog und die Stadtverordnetenversammlung einen weiteren zurückstellte, wurde nur ein einziger Antrag abgelehnt. Den gesamten Anträgen verdanken wir unter anderem, dass die Wartezeiten in der Ausländerbehörde verringert werden konnten und dass die Stadt Frankfurt voraussichtlich noch im Jahr 2003 eine Antidiskriminierungsrichtlinie erlassen wird.

Im Falle der Antidiskriminierungsrichtlinie zeigt sich, wie Ausdauer und Engagement letztendlich noch zu einem Erfolg führen kann. Der Entwurf einer Antidiskriminierungsrichtlinie wurde bereits am 20. Februar 1997 der Magistratskommission für Gleichberechtigung und Integration vorgelegt und schließlich auch von dieser Kommission mehrheitlich beschlossen. Im Juni 2000 sind dann die Arbeiten daran zum Stillstand gekommen, weil einige Fragen nicht geklärt werden konnten. Unter anderem ging es darum, dass es inzwischen zwei EU-Richtlinien zur Antidiskriminierung gab. Schließlich machte die KAV in einer erneuten Anregung vom 21. Oktober 2002 darauf aufmerksam, dass diese EU-Richtlinien keine Städtische ersetzen können und stellte den Antrag, die Arbeit fortzuführen, mit dem Ziel, diese bis März 2003 vorzulegen. Dem wurde zugestimmt.

Umgekehrt wurden bei dem Verfahren zur Neubesetzung der Stelle des Geschäftsführers die Einschränkungen unserer Befugnisse deutlich. Die KAV erhob hier den Anspruch, dass die Besetzung der Geschäftsstelle nur im Einvernehmen mit der KAV erfolgen dürfe. Dies war im übrigen kein Novum sondern Usus im politischen Tagesgeschäft; schließlich war der Amtsvorgänger des jetzigen Geschäftsführers mit der Zustimmung der KAV eingesetzt worden. Nach anfänglicher Zusicherung des Dezernenten, dass auf ein Einvernehmen mit der KAV nicht verzichtet werden wird, wandelte sich das Verfahren aber nach und nach dahingehend, dass die KAV immer mehr außen vor blieb. Obwohl die KAV noch bei den Vorstellungsgesprächen und der Auswahl der Bewerber beteiligt wurde, entschied letztendlich dann der Dezernent nicht nur ohne die Zustimmung, sondern entgegen des expliziten Vetos der KAV. Es mag sein, dass das

formelle Recht zur Benennung der Geschäftsführung der KAV bei dem zuständigen Dezernenten liegt. Das einzige politisch legitimierte Gremium von Migrantinnen und Migranten in unserer Stadt in einer sie unmittelbar betreffenden Frage derart zu brüskieren, indem der Dezernent unter Ausschöpfung seiner formalen Befugnisse mit wenig politischem Fingerspitzengefühl über sie hinweg entschieden hat, war eine bittere Erfahrung für die KAV – die vielleicht größte politische Demütigung, die sie je beklagen musste.

Sieben der elf Anfragen der KAV an den Magistrat im Jahr 2002 betrafen die schulische Situation der ausländischen Kinder. Um es gleich vorweg zu sagen: wir sind im Großen und Ganzen mit den Antworten, die bisher vorliegen, nicht zufrieden. Es scheint so, als ob der Magistrat das Problem, z.B. den hohen Anteil ausländischer Kinder an den Sonderschulen, bei den Schülerinnen und Schülern sieht und nicht in den Schulen oder den schulischen Auswahlverfahren. Setzen wir aber voraus, dass dem so ist, so hat der hessische Staat zwei Möglichkeiten: Entweder er entscheidet sich dafür, dass die Schule keinen Ausgleich schaffen kann und die Eltern dafür sorgen müssen, dass ihre Kinder auf ein angemessenes Niveau kommen und dort bleiben – wozu ausländische Eltern oft nicht in der Lage sind, weil sie nicht hier zur Schule gegangen sind – oder er entscheidet sich dafür, selbst tätig zu werden. Im ersten Fall muß sich die Landesregierung vorwerfen lassen, eben doch nicht genügend für Integration zu tun. Denn Integration, darin sind sich alle einig, läuft hauptsächlich über die Bildung und die hieraus resultierenden Arbeitsverhältnisse. Im zweiten Fall erwartet die KAV jedoch mehr Engagement und Maßnahmen, nicht nur aus Wiesbaden, sondern auch von den Bildungsträgern der Stadt.

Das Resümee des Jahres 2002 lautet: Die neu zusammengesetzte KAV hat nach anfänglichen Schwierigkeiten den Weg zu einer soliden Arbeit gefunden. Die Schwerpunkte, mit denen sich die KAV in diesem Jahr befassen wird, sind: Antidiskriminierung, Schule und Bildung, sowie Arbeitspolitik. Hinzu kommt im Jahre 2003 als ein besonderer Aspekt der Arbeitspolitik das Ziel, Möglichkeiten zu schaffen, die Anzahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund bei der Stadtverwaltung mittelfristig zu erhöhen.

Wenn wir diese Vorhaben weiterverfolgen, wird die Bilanz des Jahres 2003 wieder überwiegend positiv aussehen. Ich persönlich bin in dieser Hinsicht sehr zuversichtlich.

Hüseyin Sitki
(Vorsitzender der KAV)



2002 - Im Focus der KAV

Schule und Bildung

Im Jahr 2000 hatten 12,5 Prozent aller ausländischen Schulabgänger in Frankfurt am Main keinen Schulabschluss. Bei den deutschen Schülerinnen und Schülern waren es nur 5,5 Prozent. Ein genauerer Blick auf die Schulstatistiken offenbart noch mehr Ungleichheit. Wenn ca. 46 Prozent der Sonderschüler, aber nur 19 Prozent der Abiturienten Ausländerkinder sind (und dieses Verhältnis sich sogar noch von 1999 auf 2001 verschlechtert hat!), dann kann etwas mit der Integration nicht stimmen.

Das waren Gründe genug für die KAV, sich im Jahr 2002 schwerpunktmäßig mit dem Thema "Schule und Bildung" zu befassen.

In der Schule werden die Weichen für das gesamte spätere Leben eines Menschen gestellt. Trotz vieler Möglichkeiten, in späteren Jahren sowohl Hauptschulabschluss und Mittlere Reife als auch das Abitur nachzuholen, ist es offensichtlich, dass ein Jugendlicher ohne Bildungsabschluss kaum Chancen hat, einen gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft zu bekommen.

Es wundert deshalb nicht, dass die Zahlen auf dem Arbeitsmarkt diesen Zusammenhang eindeutig belegen.

Die KAV wollte wissen, welche Ursachen es für diese alarmierenden Zahlen gibt. Ist es so, wie gemeinhin angenommen wird, dass die mangelnde Sprachkompetenz der Hauptgrund für diese Misere ist? Gibt es Ungleichbehandlungen bei den Schulaufnahmeverfahren, bei den Überweisungen an die Sonderschule, bei den Beurteilungen der Schüler?

Die detaillierten Antworten des Magistrats auf diese Fragen stehen noch aus, teilweise weil gegebene Antworten der KAV zu oberflächlich erschienen. In einer dieser Antworten (und hier zitiert der Magistrat das Staatliche Schulamt) heißt es: "Die Überweisung ausländischer Schüler und Schülerinnen an Sonderschulen für Lernhilfe erfolgt nur aufgrund erheblicher und lang andauernder Lernbeeinträchtigungen und sofern keine ausreichende Förderung mehr in der

Regelschule geleistet werden kann. Die Schüler und Schülerinnen liegen mit ihren intellektuellen Fähigkeiten unter dem Durchschnitt, ... Es wird nicht allein aufgrund sprachlicher Defizite sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt."

Wir entnehmen aus der Antwort zwei Aspekte: Wenn wirklich ausschließlich erhebliche Lernbeeinträchtigungen ausschlaggebend für die Überweisung an eine Sonderschule sind, andererseits die ausländischen Kinder hier einen doppelt so hohen Anteil wie deutsche Kinder haben, dann muß man (oder soll man) schlussfolgern, dass mehr ausländische Kinder erhebliche Lernbeeinträchtigungen haben als deutsche. Da dies erwiesenermaßen – und das zeigt übrigens auch die PISA-Studie – nicht der Fall ist, vermuten wir, dass eben doch andere Gründe für die Überweisungen vorliegen. Hier bleiben wir am Ball.

Der zweite Aspekt betrifft die ausreichende Förderung in der Regelschule. Mit der oben zitierten Formulierung hat das Staatliche Schulamt keine genaue Aussage getroffen. Es wird nichts darüber gesagt, warum die ausreichende Förderung nicht an der Regelschule geleistet werden kann. Auch mit dieser Frage müssen wir uns weiterhin beschäftigen.

Liegen die Gründe – entgegen den Antworten des Staatlichen Schulamtes – aber doch in der mangelnden Sprachfähigkeit, dann sollten die ausländischen Kinder im Sinne der Chancengleichheit besser auf die Einschulung vorbereitet werden.

Auch hiermit beschäftigen wir uns und haben Anfragen an den Magistrat gestellt. Die Kinder kommen mit der deutschen Sprache zum ersten Male im Kindergarten in Berührung. Das bedeutet, dass die Kindergärten die Aufgabe haben, den Kindern bis zum Schulanfang die deutsche Sprache so weit zu vermitteln, dass sie ohne Probleme in die Grundschule aufgenommen werden können.

Wir sind uns bewußt, dass die Erzieherinnen und Erzieher zur Zeit kaum die Aus- und Fortbildung genossen haben, um dies zu ermöglichen. Es ist jedoch Aufgabe der Kommunen, hier einen Weg zu finden.

Dabei ist es wichtig, die Familie so früh wie möglich in den Prozeß mit einzubinden, nicht nur, weil die Familie den Prozeß begleiten und unterstützen muß, sondern auch, um den Eltern die Wichtigkeit deutlich zu machen.

Zwei- und Mehrsprachigkeit

Mit Bedauern sehen wir die Tendenz von Ländern und Kommunen, zunehmend nur noch die deutsche Sprache im Blickfeld zu haben. Die Sprach- und Orientierungskurse der Stadt Frankfurt, die Zurücknahme des Muttersprachlichen Unterrichts in Hessen, ja sogar die Einstellung der muttersprachlichen Sendungen im Radioprogramm zeigen deutlich, dass in Zukunft nur noch die deutsche Sprache im Blickfeld der Politik ist. Das Erlernen der deutschen Sprache wird oft faktisch mit "Integration" gleichgesetzt. In der Fachliteratur spricht man vom "monolingualen Blick" auf bilinguale Kinder. Ein Beispiel hierfür ist die grundsätzlich negative Sicht und Sanktionierung von Sprachmischung bzw. Sprachwechsel. Es wird übersehen, dass dies innerhalb von bilingualen oder mehrsprachigen Kinder- und Erwachsenengruppen etwas ganz Natürliches ist und dass sich dabei z.T. sehr differenzierte und originelle Kommunikationsformen entwickeln – die Erzieher und Lehrer nutzen könnten.

Es verwundert, dass nicht gesehen wird, dass Kinder mit dem gleichzeitigen Erlernen zweier Sprachen meistens keine Probleme haben, dass im Gegenteil das Lernen einer Sprache dem Erlernen der zweiten Sprache hilft. Darüber hinaus wird verkannt, dass in der Mehrsprachigkeit auch ein immens großer und wichtiger Faktor in der zusammenwachsenden Wirtschaft Europas und der Welt liegt.

Leider hatten die Bemühungen der KAV, in diesem Bereich etwas zu erreichen oder wenigstens den Status quo zu erhalten, keinen Erfolg.

Diskriminierungen in der Schule

Das Tabu-Thema schlechthin bei allen Untersuchungen sind die Diskriminierungen in der Schule. Obwohl der KAV zahlreiche Fälle bekannt sind, werden Diskriminierungen bisher wenig bis gar nicht in Untersuchungen, wie z.B. in der "Dokumentation zur Situation von Schülerinnen und Schülern mit Migrationserfahrungen an Frankfurter Schulen" angesprochen. Die Ursachen für die schlechte Situation werden immer wieder in schlechten Deutschkenntnissen, kulturellen Unterschieden oder gar in Lernbeeinträchtigungen gesucht und

dann auch gefunden. Befragungen werden mit Schulleitern und Lehrern durchgeführt und nicht mit Schülern und Eltern. Eine städtische Antidiskriminierungsrichtlinie, auf die sich Betroffene berufen könnten, wurde bisher noch nicht erarbeitet – dies ist ebenfalls ein Ziel der KAV.

Haus der Kulturen

Nachdem die KAV bereits im November 2001 eine Anregung zu einem "Haus der Kulturen" an die Stadtverordnetenversammlung gegeben hat, hat sie dieses Ziel auch im Jahr 2002 weiter verfolgt.

Separate Anträge aller großen Parteien – ebenfalls schon aus dem Jahr 2001 – machten deutlich, dass grundsätzlich eine Begegnungs- und Aktionsfläche für die Kulturen der Welt in Frankfurt am Main gewünscht wurde.

Ausgangspunkt aller Überlegungen ist ein Konzept aus Berlin, wo es seit einigen Jahren ein "Haus der Kulturen der Welt" gibt. Dieses beschreibt sich selbst als "eines der führenden Zentren für zeitgenössische außereuropäische Künste und Ort grenzüberschreitender Projekte".

Im Zusammenhang mit den genannten Anträgen haben alle großen Fraktionen betont, dass ein "Haus der Kulturen" in Frankfurt am Main die Integration fördern würde und ein solches Projekt eine wichtige Brückenfunktion zwischen unterschiedlichen Traditionen und Kulturen hätte. Die Fraktionen haben außerdem bekundet, dass sie ein "Haus der Kulturen" befürworten und dass nun eine Konzeption zu erarbeiten wäre. Differenzen gab es lediglich in Detailfragen der Umsetzung.

Am 24. April 2002 hat sich die KAV deshalb mit Vertretern ausländischer Vereine in Frankfurt am Main getroffen, um sowohl ein Meinungsbild zu erfragen, als auch schon konkrete Überlegungen entgegen zu nehmen.

Auch diese Veranstaltung machte deutlich, dass unterschiedliche Vorstellungen zum Konzept eines "Houses der Kulturen" bestehen. Dennoch stellten sich wichtige Tendenzen heraus:

- Die Vereine möchten an der Realisierung beteiligt werden.
 - Das "Haus der Kulturen" sollte auch den Vereinen Raum bieten.
 - Es soll der Öffnung der Vereine nach außen dienen und Kontakte ermöglichen.
- Die gesamten Anträge aus dem Jahr 2001 wurden leider nicht entschieden, sondern wegen der Unklarheiten dahingehend umgewandelt, dass der Magistrat die Angelegenheit prüfen und hinterher berichten sollte.

Dieser Bericht kam erst im Dezember 2002 und fiel sehr knapp aus: "Aufgrund der aktuellen Haushaltslage und infolge der Auflagen des Hessischen Innenministers zur Genehmigung des Haushalts 2002, wonach neue Projekte nicht in Angriff genommen werden dürfen und um die Genehmigung des Haushalts 2003 nicht zu gefährden, werden Bestrebungen zur Errichtung eines ‚Houses der Kulturen‘ gegenwärtig vom Magistrat nicht weiterverfolgt."

Das von allen großen Parteien als wichtig und integrationsfördernd angesehene Ziel fiel also letztendlich Haushaltsüberlegungen zum Opfer. Kurz vorher hatte die KAV jedoch davon Kenntnis erhalten, dass das in der Kaiserstraße ansässige "English Theater" im Folgejahr ausziehen würde. Da der Vertrag über dieses von der Stadt angemietete Gebäude voraussichtlich nicht gekündigt werden kann, müßte die Stadt Frankfurt am Main für ein leerstehendes Haus weiterhin Miete entrichten. Die KAV schlug deshalb vor, in diesem Gebäude – zumindest vorübergehend – Räume für ausländische Vereine zur Verfügung zu stellen, um so eine Art eines "Houses der Kulturen" zu ermöglichen. Durch geringe Mieteinnahmen könnte die Stadt zudem noch die Kosten durch die ohnehin zu bezahlende Miete mindern.

Auch dieser letzte Antrag ist bisher noch nicht entschieden. Wir halten weiterhin an der Wichtigkeit und Notwendigkeit eines "Houses der Kulturen" fest.

Die Geschäftsstelle

Im Februar 2002 ging der Geschäftsführer der KAV, Dr. Bahman Nirumand, in Ruhestand. Das Verhältnis zwischen der Leitung der Geschäftsstelle und der KAV als einem politischen Gremium ist sehr wichtig. In der Geschäftsstelle laufen die Verbindungen von Politik und Verwaltung, aber auch zwischen den anderen politischen Gremien und der KAV zusammen. Funktioniert die Zusammenarbeit also nicht, ist die KAV fast handlungsunfähig.

Deshalb war es unser Ansinnen, von Anfang an bei der Auswahl des Nachfolgers von Dr. Nirumand mitzuwirken. Dies hat uns Stadtrat Dr. Magen auch ermöglicht.

In der Folge kam es jedoch leider zu Unstimmigkeiten.

Von den drei in der engeren Wahl verbliebenen Bewerbern sagten zwei schließlich ab. Darüber hinaus kam die KAV durch das Auswahlverfahren und die Qualifikationen der Bewerber zu dem Schluß, dass die Stelle des Geschäftsführers zu niedrig bewertet sei. Wir stellten somit einen Antrag auf eine Höherbewertung.

Ein solcher Antrag dauert bekanntermaßen seine Zeit, da der Magistrat nun die Voraussetzungen dazu erst prüfen muß.

An dieser Stelle kam es zu einer Auseinandersetzung mit Stadtrat Dr. Magen, der rechtlich selbstverständlich jederzeit über die Besetzung entscheiden konnte. Als innerhalb der Verwaltung die Höhergruppierung abgelehnt wurde, ernannte Dr. Magen den verbliebenen Kandidaten, Thomas Usleber zum Geschäftsführer und überraschte damit die KAV.

In der nächsten Plenarsitzung kam es dazu, dass mehrere Mitglieder ihrem Unbehagen Luft verschafften.

Ein weiterer Antrag wurde gestellt, bei der die KAV bei zukünftigen Personalentscheidungen über den Geschäftsführer die Stellenausschreibung sowie die Vorauswahl treffen solle. Dann erst sollten die städtischen Gremien in die Auswahl der Bewerber einbezogen werden.

Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Es kam uns jedoch darauf an, ein deutliches Zeichen zu setzen.

Dr. Magen selbst erläuterte sein "langes Zögern bei der Stellenbesetzung" mit dem Wunsch, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. In der zweiten Vorstellungsrunde sei es nach dem Beamtendienstrecht nicht anders möglich gewesen, als den danach am besten qualifizierten Bewerber auszuwählen.

Die KAV will dies nicht als Kritik an Stadtrat Dr. Magen verstanden wissen, sondern als Kritik am politischen System der Stadt Frankfurt. Wie eingangs erläutert, ist ein Vertrauensverhältnis zwischen der KAV und dem Geschäftsführer für eine gute Arbeit unbedingt wichtig.

Die Tatsache, dass sich die Zusammenarbeit mit dem neuen Geschäftsführer als sehr gut herausstellte, ändert an der Forderung nach einem grundsätzlichen Mitspracherecht nichts.



Die Sitzungen 2002

(Auszüge aus den Protokollen)

Die 2. öffentliche ordentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am **14. Januar 2002** im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer

Informationen des Vorsitzenden

- Es wird erwogen, für die Mitglieder eine Schulung über die Kommunalpolitik zu veranstalten. Interessenten mögen sich in die vorliegende Liste eintragen.
- Dazu bemerk MdKAV Parrondo, es bestehe die Möglichkeit, am 3. und 4. April ein Wochenendseminar zu veranstalten und bei dieser Gelegenheit auch die Schulung durchzuführen. Der Vorschlag findet die Zustimmung des Plenums.
- Am 5. Februar 2002 findet eine Anhörung der beiden Ausschüsse: "Integration" und "Jugend und Soziales" statt. Allen Mitgliedern wird empfohlen, an dieser Anhörung teilzunehmen.

Stadtrat Dr. Magen gibt bekannt, daß der Leiter der Geschäftsstelle am 31. Januar seine Tätigkeit beenden wird. Aus diesem Anlaß habe er für Mittwoch, den 30. Januar zu einer Abschiedsfeier eingeladen. Die Einladungen würden in den nächsten Tagen verschickt.

Vorsitzender Sitki dankt Dr. Nirumand für sein Engagement und überreicht ihm im Namen der KAV einen Blumenstrauß. Auch MdKAV Aslan lobt Nirumands Einsatz.

Antrag des Präsidiums: Diskussionsveranstaltung über die geringe Beteiligung bei der KAV-Wahl

MdKAV Parrondo gibt bekannt, daß das Hessische Sozialministerium in diesem Halbjahr eine Studie zu diesem Thema veröffentlichen wird. Er schlägt vor, aufgrund der Kürze der Zeit die Veranstaltung nicht am 4. Februar, sondern zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen.

Der Antrag wird mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen.

Die 3. öffentliche ordentliche Plenarsitzung der Kommunalen
Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV)
am **4. Februar 2002** im Plenarsaal der
Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer

Referate und Vorträge anlässlich der KAV-Wahl am 4. November 2001

1. - Referat von Frau Prof. Dr. Ingrid Haller
2. - Referat von Herrn Dr. Lutz Hoffmann
3. - Vortrag von Herrn Stadtrat Dr. Magen
4. - Vortrag von Frau Ulrike Okenwa-Elem, Geschäftsführerin der AGAH, Wiesbaden
5. - Vortrag von Herrn Kamil Saygin, Vorsitzender des Ausländerbeirats der Stadt Kassel
6. - Vortrag von Herrn Conrado di Benedetto, Vorsitzender des Kreisausländerbeirats, Offenbach/Main
7. - Diskussion bis 21.00 Uhr

Die 4. öffentliche ordentliche Plenarsitzung der Kommunalen
Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV)
am **4. März 2002** im Plenarsaal der
Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer

Informationen des Vorsitzenden

Etatantrag des KAV Präsidiums: Höherdotierung der Stelle des KAV-Geschäftsführers

Alle Fraktionen im Stadtparlament wurden per Etatantrag schriftlich gebeten, sich für die Höherdotierung der Stelle des Geschäftsführers der KAV einzusetzen. Die Anregung sieht ebenfalls vor, die Stellenbeschreibung den tatsächlichen vielseitigen Anforderungen dieser Position anzugleichen. (Eilantrag, die entsprechende Vorlage liegt für alle aus.)

Der Antrag könne im Laufe der Sitzung nach Bedarf noch ausführlich besprochen werden.

Biographien der KAV-Mitglieder im Internet

Alle Mitglieder, die bisher noch keine biographischen Daten (Bild, Unterschriften und Lebenslauf) an die Geschäftsstelle geschickt haben, werden gebeten, dies nachzuholen. Ein entsprechendes Erinnerungsschreiben ist an die betreffenden Mitglieder abgeschickt worden. Wer diese letzte Frist versäumt, könne nicht mehr ins Internet gestellt werden.

Gesundheitswegweiser des Stadtgesundheitsamtes

Am 14. Februar 2002 fand eine Pressekonferenz des Gesundheitsamtes der Stadt Frankfurt statt, bei der auch Vorsitzender Sitki anwesend war. Vorgestellt wurde der neue Gesundheitswegweiser für Migrantinnen und Migranten. Für alle Interessierten liegen Exemplare in der heutigen Sitzung aus.

MdKAV Francesco Rinaldi weist darauf hin, daß die KAV schon vor 1 1/2 Jahren einen Antrag auf Erstellung einer solchen Broschüre gestellt habe und wertet die jetzige Umsetzung als Erfolg.

Projekt der Industrie- und Handelskammer zur Verbesserung der Integration durch Ausbildung (INBAS)

In einem Schreiben wurden alle Mitglieder gebeten, sich anhand von beigelegten Informationen über dieses Projekt Gedanken zu machen. Vor allem seien Ideen gefragt, wie dieses Projekt unterstützt werden könnte. Alle Anwesenden sind aufgefordert, ihre Vorschläge oder Kommentare in den nächsten beiden Wochen an die Geschäftsstelle zu schicken. Vorsitzender Sitki möchte versuchen, eine Veranstaltung gemeinsam mit der IHK im Römer zu organisieren.

MdKAV Ante Bagaric begrüßt dieses Projekt und ruft alle KAV-Mitglieder sowie das Präsidium auf, sich darüber Gedanken zu machen, wie die KAV sich aktiv einbringen und engagieren kann.

Tage der offenen Tür, 8./9. Juni

Es wird in diesem Jahr wieder einen Stand der KAV-Geschäftsstelle geben. Vorsitzender Sitki ruft die Mitglieder auf, Ideen oder Vorschläge an die Geschäftsstelle weiterzugeben, wie die diesjährige Präsentation öffentlichkeitswirksam gestaltet werden kann.

Initiativausschußsitzungen

Der Vorsitzende verweist auf die Initiativausschußsitzungen, die sich u.a. mit den Ergebnissen der Pisa-Studie befassen und lädt alle Interessierten dazu ein, an diesen Sitzungen teilzunehmen. Die jeweiligen Termine und weitere Informationen können in der Geschäftsstelle erfragt werden.

Anträge

Eilantrag des Präsidiums zur Höherdotierung der Stelle des Geschäftsführers der KAV.

Der Antrag lag dem Plenum als Tischvorlage vor. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Antrag zum Schutz der Grünfläche in der Stephansstr./Stiftsstr. (Liste Italia)

MdKAV Sabrina Bianchetti beklagte nochmals vor dem Plenum die Verschmutzung der Grünanlage in der Stephansstraße durch Menschen und Tiere (Mißbrauch als "öffentliche Toilette"). Sie hat seit November 2001 rund 250 Unterschriften gesammelt, die sie mitsamt dem Antrag den Stadtverordneten zusenden möchte. Die Stadt soll etwas gegen die Verschmutzung der im Antrag näher bezeichneten Grünfläche tun. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Die Unterschriften sollen dem Antrag beigelegt werden.

Antrag "Kein Nazi-Aufmarsch in unserer Stadt Frankfurt" (Liste 5 LSD)

MdKAV Hidir Aslan meint, man müsse alle politischen und rechtlichen Mittel ausschöpfen, um die rechte Kundgebung zu verhindern. MdKAV Nazim Alemdar ruft zu einem Gegenmarsch und zu Aktionen gegen die Nazi-Demonstration auf. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

DV-Ausstattung für KAV-Mitglieder (Liste WIR)

Der Antrag sieht vor, daß alle KAV-Mitglieder angemessen mit DV-Anlagen ausgestattet werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die 5. öffentliche ordentliche Plenarsitzung der Kommunalen
Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV)
am **8. April 2002** im Plenarsaal der
Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer

Informationen des Vorsitzenden und der Geschäftsstelle

Zum Etatantrag des KAV Präsidiums: Höherdotierung der Stelle des KAV-Geschäftsführers (vom 5.3.2002, K1)

Die Höherdotierung der Stelle des Geschäftsführers der KAV ist Thema in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Immigration und Integration am 18. April 2002.

SPD-Antrag NR 520 (Antragsteller Grigorios Zarcadas) zur Angliederung der KAV-Geschäftsstelle an das Büro der Stadtverordnetenversammlung

Der SPD- Antrag zur Anbindung an das Büro der Stadtverordnetenversammlung wurde zurückgezogen.

Projekt "Integration durch Ausbildung" des Institutes für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (Inbas)

In der letzten Präsidiumssitzung wurde beschlossen, einen Vertreter der Inbas GmbH zur nächsten Plenarsitzung am 6. Mai 2002 einzuladen. Dieser soll das Projekt vorstellen. Anschließend soll gemeinsam darüber diskutiert werden. Ebenfalls eingeladen werden ausländische Unternehmer in Frankfurt. MdKAV Abeba Solomon bittet den Vorsitzenden bzw. die Geschäftsstelle der KAV für die Einladung der ausländischen Unternehmen zum Inbas-Vortrag um ein Einladungsschreiben, damit sie persönlich Personen zur nächsten Plenarsitzung am 6. Mai 2002 einladen kann.

Vereinstreffen zur Diskussion aktueller Themen (Römer, Raum 310) am 24.4.2002 von 18.30 - 20.30 Uhr

Die Vereine wurden bereits angeschrieben und zu diesem Termin eingeladen. Alle KAV-Mitglieder werden ebenfalls eine Einladung bekommen.

Themen sollen sein:

- a) Vorstellung des Vorsitzenden und der anwesenden KAV-Mitglieder
- b) Vorbereitung auf eine Demonstration am 1. Mai
- c) Information und Diskussion des Sachstandes zum "Haus der Kulturen"

Arbeitsgruppe zur endgültigen Verabschiedung der KAV-Geschäftsordnung

Eine Arbeitsgruppe bestehend aus den MdKAV Manuel Parrondo, Omar Kuntich, Enis Gülegen und Hüseyin Sitki hat sich gebildet, um die Geschäftsordnung der KAV auf eventuell notwendige Änderungen oder Ergänzungen durchzusehen. Sie wurde bereits vom Rechtsamt überarbeitet und muß vom Plenum verabschiedet werden.

Fragestunde

MdKAV Nazim Alemdar bezieht sich auf den FAZ-Artikel vom 7.3.02.

Er fragt, ob das Präsidium sich mit den darin erhobenen Vorwürfen befasst hat. Darin heißt es z.B., die KAV sei viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um in der Themenarbeit voranzukommen. Nach Herrn Alemdar sei noch nicht mal die geringe Wahlbeteiligung im November diskutiert und aufgearbeitet worden. Er bezieht sich weiter auf den jüngsten Fall eines rechtsextremen Mannes, der auf spielende Kinder in Sossenheim mit einem Luftgewehr geschossen hat. Er widerspricht dem Pressezitat von Stadtrat Dr. Albrecht Magen, es habe sich um

die Tat eines einzelnen gehandelt. Ihm seien viele weitere Beispiele rechtsextremer Übergriffe bekannt, bei denen die Polizei weggeschaut habe.

Stadtrat Dr. Magen beantwortet die Darstellung von MdKAV Alemdar mit der Begründung, er sei verkürzt zitiert worden. Ihm sei bekannt, daß Sossenheim ein sozialer Brennpunkt ist. Er habe am nächsten Tag an einer Sitzung über Fremdenfeindlichkeit teilgenommen und könne bestätigen, daß die Polizei in diesem Fall aktiv und gründlich recherchiert habe. Stadtrat Dr. Magen verweist auf die Konfliktvermittlung im Amka und ruft dazu auf, Konflikte tatsächlich zu melden, damit ihnen nachgegangen werden könne. Frankfurt sei im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten mit seinem hohen Ausländeranteil relativ friedlich.

Vorsitzender Sitki stimmt MdKAV Alemdar im Hinblick auf den FAZ-Artikel zu, der sehr enttäuschend gewesen sei. Er erwähnt jedoch den Leserbrief von MdKAV Athanassiadis, der darin um Verständnis für die schwierige Situation der KAV geworben habe. Er sei vor allem im Zusammenhang mit dem KAV-Antrag auf angemessene DV-Ausstattung der KAV-Mitglieder falsch wiedergegeben worden. Nie sei gefordert worden, daß alle KAV-Mitglieder einen Laptop erhalten sollten.

MdKAV Yussuf Aygün meldet sich zu Wort und sagt, er habe nicht den Eindruck, daß Stadtrat Dr. Magen etwas für die Ausländer in Frankfurt tue. Er habe sich gegen das "Haus der Kulturen" ausgesprochen und gegen die Höhergruppierung der Stelle des Leiters der Geschäftsstelle der KAV. Zudem habe er sich gegen das Tragen des Kopftuches von muslimischen Frauen in Krankenhäusern ausgesprochen. Er fordert Stadtrat Dr. Magen auf, sich wirklich einzusetzen.

Stadtrat Dr. Magen antwortet, daß er bezogen auf die Kopftuchdebatte im Spiegel zitiert worden sei und kein Problem mit dem Tragen der Kopftücher habe. Er habe sich z.B. bei der Uniklinik dafür eingesetzt, Pflegekräfte mit Kopftüchern zuzulassen. Nicht er, sondern das Hessische Kultusministerium habe das Tragen der Kopftücher abgelehnt.

Auch einem "Haus der Kulturen" stehe er grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber, er halte es aber für nicht finanzierbar. Er habe daher lediglich auf die angespannte Haushaltslage der Stadt verwiesen. Die Schaffung einer Kultureinrichtung bedeute logischerweise, daß an anderer Stelle eingespart werden müsse. Stadtrat Dr. Magen hob hervor, daß er sich bisher stark für die Belange der KAV und der hier lebenden ausländischen Bevölkerung eingesetzt habe und dies auch in Zukunft tun werde.

Berichte der Mitglieder aus den Ausschüssen, Kommissionen und Arbeitskreisen

MdKAV Maria Tsoura berichtet vom Arbeitskreis für Migration und psychische Gesundheit. Dieser Arbeitskreis befasst sich seit 15 Jahren mit der gesundheitlichen Versorgung von MigrantInnen und möchte sich erstmals auch politisch engagieren. Sie fragt, ob die Geschäftsstelle eventuell abgefasste Anträge des Arbeitskreises weiterleiten könne. Vorsitzender Sitki bejaht diese Frage.

MdKAV Maurella Carbone berichtet von der letzten Sitzung des Ausschusses für Immigration und Integration. Dort sei es inhaltlich vor allem um die Antidiskriminierungsrichtlinie gegangen. Noch zu regeln seien das Privat- und das Zivilrecht. Vor allem im Ausland gäbe es genügend Beispiele (z.B. Amsterdam), wo bereits Erfahrungen mit einer Antidiskriminierungsrichtlinie bestünden. Die Angelegenheit sei auch bundespolitisch von Bedeutung und sie regt an, zu recherchieren, welche Erfahrungen andere Städte bzw. Länder gemacht haben. Bei der Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle sei darauf zu achten, daß deren Unabhängigkeit gewahrt bleibe und daß alle politisch relevanten und thematisch befassten Gremien in die Diskussion der Sachlage eingebunden sein sollten.

Stadtrat Dr. Magen antwortet, daß der Magistrat der Stadt Frankfurt sich seit Jahren mit der Antidiskriminierungsrichtlinie befasst. Es gebe bereits Regeln und Vorschriften in der öffentlichen Verwaltung, die Diskriminierung jeglicher Art verbieten. Aber es gebe noch keine Regelung für die Umsetzung im Zivilrecht. Vor der Umsetzung einer EU-Richtlinie müsse ein nationales Umsetzungsgesetz veranlasst werden.

Zum Beispiel bei den städtischen Gesellschaften könnte die Stadt eine Antidiskriminierungsrichtlinie veranlassen, nicht aber bei den privaten Wohnungsmittlern. Er verweist auch darauf, daß Diskriminierung nicht nur Ausländer sondern auch Frauen und Behinderte betrifft. Seit 1992 sei das Amka ausdrücklich als Antidiskriminierungsstelle benannt und nehme diese Aufgabe wahr. Eine vergleichsweise geringe Beschäftigung von ausländischen Personen in der Verwaltung könne zugegeben werden, es gebe generell eine Hemmschwelle der Nichtdeutschen, sich in der Verwaltung zu bewerben. In Bezug auf das Kommunalwahlrecht in Deutschland könne angefügt werden, daß hierzulande die Kommunen mehr Befugnisse besitzen, als in anderen Ländern (z.B. Holland oder Frankreich).

MdKAV Manuel Parrondo erklärt, die alte KAV habe sich sehr intensiv mit diesem Thema befasst. Es lägen bereits zahlreiche Gesetzesentwürfe vor, z.B. vom Innenministerium, dem Justizministerium und von der Bundesausländerbeauftragten. Die spezielle neu gebildete Arbeitsgruppe, die sich mit der KAV-Geschäftsordnung befasst, könne sich auch mit der Antidiskriminierungsrichtlinie auseinandersetzen.

Vorsitzender Sitki möchte nach der Sommerpause einen Antrag zu diesem Thema einbringen.

Stadtrat Dr. Magen möchte zu diesem Thema eine Anhörung veranstalten, sobald alle Gesetzesentwürfe auf dem Tisch liegen.

MdKAV Parrondo berichtet von der letzten Stadtverordnetenversammlung. U.a. wurde ein Antrag zu der drohenden Nazi-Demo am 1. Mai 2002 verabschiedet, der von allen vier großen Römerparteien angenommen wurde. Er regt an, daß die KAV in der nächsten Plenarsitzung der Stadtverordneten zu diesem Thema sprechen sollte. Die KAV solle klarmachen, daß sie die Resolution der Fraktionen unterstützt, daß die Zahlungsbefehle an demonstrierende Nazi-Gegner im letzten Jahr zurückgenommen werden und öffentliche Verkehrsmittel für den diesjährigen geplanten Nazi-Aufmarsch nicht zur Verfügung stehen dürfen. Diese Punkte sollten auch in die Resolution der Liste "Wir in Frankfurt" (WIF) aufgenommen werden. Das Plenum votiert dafür.

Anträge

1. Ein Antrag der Liste Birlık (MdKAV Yusuf Aygün)

MdKAV Aygün stellt kurz seinen Antrag vor, in dem er fordert, die KAV solle sich auch überregional engagieren und Parteien und Politiker unterstützen, die sich z.B. für die doppelte Staatsbürgerschaft einsetzen. Er ruft alle Mitglieder zur Stellungnahme auf.

Diskussion

MdKAV Parrondo verweist auf die Rolle der AGAH, die bereits überregional aktiv ist. Er sieht es als problematisch an, Parteien zu unterstützen und plädiert dafür, öffentliche Veranstaltungen z. B. vor der Bundestagswahl und Diskussionen über Inhalte durchzuführen, zu denen auch spezielle Politiker eingeladen werden. Er fragt, wie dieser Antrag bei Beschluss eigentlich umzusetzen sei.

MdKAV Alemdar möchte den Antrag abändern. Er will einzelne Politiker unterstützen, aber keine Partei. MdKAV Alemdar plädiert trotzdem für Zustimmung.

MdKAV Ibrahim Esen unterstützt den Vorschlag von MdKAV Parrondo.

MdKAV Sükrü Günaydin fragt, wie eigentlich die Gesetzeslage der doppelten Staatsbürgerschaft in Europa sei. Er hält den Antrag von MdKAV Aygün nicht für sinnvoll. Er möchte zunächst mehr Informationen über dieses Thema.

MdKAV Rinaldi stimmt MdKAV Parrondo zu. Er fordert, den Antrag zu ändern und Politiker oder Parteien zu unterstützen.

Vorsitzender Sitki stellt den Antrag zur Abstimmung in der abgeänderten Form.

Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen und 9 Gegen-Stimmen angenommen.

2. Wer wird das erste Opfer der Gontardstraße? (Jean Marie Langlet, Fraktion der Liste der Internationalen Sozialdemokraten)

Diskussion

Anwesend ist Herr Sorin Crainic, der die Eltern der im Antrag erwähnten Initiative vertritt und Stellung zum Antrag nehmen will.

Er fordert vor allem die Sicherung des Zugangs für die Kinder der französischen Schule, die Schaffung einer geeigneten Verkehrsinfrastruktur sowie Parkplätze für die Eltern der SchülerInnen. Nach Crainic gebe es eine Petition der Eltern, der 90 % bereits mit ihren Unterschriften zugestimmt hätten.

Er bittet die KAV, diesen Antrag zu unterstützen.

MdKAV Rinaldi plädiert für die Unterstützung des Antrages.

Per Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

3. Gründung einer Arbeitsgruppe zur "Verwirklichung und Wahrnehmung der Unionsbürgerschaft (Jean-Marie Langlet, Fraktion der Liste der Internationalen Sozialdemokraten) - KAV-Anregung und Magistratsanregung -

MdKAV Langlet erläutert seinen Antrag.

Diskussion

MdKAV Alemdar meint, es gebe bereits genug Kommissionen und Arbeitsgruppen. MdKAV Hidir Aslan wirft ein, es bestehe sowieso bereits die Magistratskommission, die sich mit der Gleichberechtigung befasse. Die KAV unterstütze alle ausländischen Gruppen ohne deutschen Paß und der Antrag von MdKAV Langlet vertiefe Spaltungen, weil er die EU-Bürger bevorzuge.

Auch MdKAV Parrondo und MdKAV Rinaldi lehnen den Antrag in der vorliegenden Form ab.

Vorsitzender Sitki schlägt dem Antragsteller vor, den Antrag zurückzuziehen und in anderer Form erneut zu stellen. MdKAV Langlet nimmt diesen Vorschlag an.

4. DV- Antrag: Computer-Ausstattung

Die KAV hatte ausgehend von einem Antrag der SPD zur Ausstattung der Stadtverordneten mit angemessener DV ebenso einen Antrag (vom 7.3.2002, K2) gestellt, auch die KAV-Mitglieder zur Verbesserung der politischen Arbeit angemessen mit Computern auszustatten. Die SPD hat inzwischen ihren Antrag zurückgezogen. Das KAV-Präsidium stimmte in der letzten Sitzung ebenfalls dafür, den Antrag der KAV nicht zuletzt aus Rücksicht auf die derzeitige schlechte finanzielle Situation der Stadt Frankfurt zurückzuziehen. MdKAV Carbone plädiert für ein Zurückziehen des Antrages. Der Antrag wird einstimmig zurückgezogen.

5. Dringlichkeitsantrag Liste 2 "Gemeinsam für bessere Zukunft" (GfbZ)

Die Forderungen der Antragsteller richten sich gegen eine Benachteiligung ausländischer SchülerInnen durch das neu verabschiedete Hessische Schulgesetz. MdKAV Carbone ruft zunächst alle Anwesenden zur Teilnahme an einer Demonstration gegen die Nazis am 1. Mai 2002 auf. MdKAV Parrondo plädiert für die Einladung eines Vertreters des Kultusministeriums in die nächste oder übernächste Plenarsitzung.

Der SPD-Stadtverordnete Turgut Yüksel macht die Anwesenden auf geschickte Veränderungen in der formalen Präsentation des Antrages aufmerksam. Besser sei die Formulierung: Die KAV möge beschließen, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die Landesregierung aufzufordern...

Die Stadtverordnete der Grünen, Frau Ligouri-Pace freut sich über diesen Antrag und wird ihn unterstützen.

Vorsitzender Sitki stellt den Antrag mit den angeregten formalen Veränderungen zur Abstimmung. Das Plenum stimmte einstimmig zu.

6. Resolution der Liste "WIR in Frankfurt" im Zusammenhang mit Geldstrafen für Demonstranten, die gegen den Nazi-Aufmarsch am 1. Mai 2001 demonstrierten

MdKAV Alemdar ruft zur Unterstützung dieser Resolution auf.

MdKAV Parrondo gibt in diesem Zusammenhang einige wichtige Termine weiter:

Am 20. April 02 treffen sich in fünf Stadtteilen die Organisatoren der Anti-Nazi-Koordination, wobei auch Flugblätter verteilt werden.

Es gibt einen Hinweis auf eine Website und eine Aktions-Telefon-Hotline wurde geschaltet. Eine Demonstration des DGB ist am 1. Mai auf dem Paulsplatz (Grüneburgplatz) geplant.

Letzte Informationen und Absprachen zu Gegenaktionen erfolgen bei einem Treffen am 26. April 2002 um 18.00 Uhr an der Katharinenkirche (Hauptwache).

Am 1. Mai treffen sich die Organisatoren und die Presse dort zu einer abschließenden Kundgebung.

Die Resolution wird mit den zwei von MdKAV Parrondo erwähnten Änderungen (keine öffentlichen Verkehrsmittel für den Nazi-Aufmarsch, Rücknahme der Geldstrafen für Anti-Nazi-Demonstranten im vergangenen Jahr) angenommen.

Die 7. öffentliche ordentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am 3. Juni 2002 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer

Neubesetzung der Stelle des Geschäftsführers der KAV

Vorsitzender Sitki schildert den bisherigen Ablauf dieser Angelegenheit. Zuletzt habe er ein Gespräch mit Personaldezernent Horst Hemzal geführt, das auf Anregung von Herrn Stadtrat Dr. Albrecht Magen zurückgehe. Ihm habe er die Vorbehalte des Präsidiums gegen die bisherige Vorgehensweise bei der Neubesetzung der Stelle deutlich gemacht. Von Dezernent Hemzal hätte er auch erfahren müssen, dass Stadtrat Dr. Magen beschlossen hat, diese Stelle schnell zu be-

setzen. Dieses Thema habe bisher 2 Präsidiumssitzungen gekostet und eine lange Reihe von Gesprächsterminen nach sich gezogen.

Vorsitzender Sitki bittet Stadtrat Dr. Magen um eine Stellungnahme.

Herr Stadtrat Dr. Magen möchte den Ablauf bei der Stellenbesetzung chronologisch in der richtigen Reihenfolge schildern. Er betont jedoch, dass der Magistrat eine andere als die nun getroffene Bewertung der Stelle nicht vornehmen wird.

Er habe Herrn Sitki nicht gesagt, er solle Herrn Hemzal aufsuchen. Diese Entscheidung hätte er ihm überlassen. Herr Stadtrat Dr. Magen betont folgende Punkte:

Die Besetzung der Stelle des Geschäftsführers der KAV sei eine Verwaltungsentscheidung, für die der Magistrat zuständig ist bzw. der Fachdezernent und der Personaldezernent. Die Entscheidung sei dort zu treffen und getroffen worden. Als Präzedenzfall schildert er die Besetzung einer Stelle in einem Frankfurter Museum, in der nicht die Stadtverordneten, sondern der Magistrat zu entscheiden hatte.

Auf die Ausschreibung der Stelle des KAV-Geschäftsführers seien insgesamt 45 Bewerbungen eingegangen. Stadtrat Dr. Magen gibt zu bedenken, er sei weiter gegangen, als die Bestimmungen vorgaben, indem er die KAV in das Beurteilungsverfahren eingeschaltet habe. Von den Bewerbern wurden 12 eingeladen, 10 seien zum Gespräch erschienen. In einer ersten Rangfolge erschienen drei als geeignet. Später zog eine Kandidatin ihre Bewerbung zurück. Sein Vorschlag war, das Präsidium der KAV solle sich über einen der beiden verbliebenen Kandidaten einigen. Das habe er im Beisein des Vorsitzenden Sitki und Md-KAV Enis Gülegen vorgeschlagen.

Die KAV stellte daraufhin eine Etatanregung an den Magistrat. Nach langem Hin und Her entschied die Stadtverordnetenversammlung "Prüfung und Bericht", denn sie sah sich außerstande, eine Stellenbewertung vorzunehmen. Die Frist ende etwa kommenden Herbst. Stadtrat Dr. Magen sagt, dass er bereits wisse, was in diesem Bericht stehen werde. Er hält die bisherige Bewertung für richtig, denn zwei qualifizierte Personen standen zur Verfügung. Er persönlich halte eine Neuausschreibung, wie von der KAV gefordert, für sinnlos.

Der derzeitige Kommissarische Geschäftsführer sei keine Dauerlösung.

Es folgt eine kurze Vorstellung von Herrn Usleber. Stadtrat Dr. Magen betont, dass er Herrn Usleber aus mehreren Gründen für einen geeigneten Kandidaten hält. Er sei persönlich traurig über den Widerstand der KAV. Er sei im Rahmen

seiner beruflichen Erfahrung in der Wirtschaft auch für die Personalauswahl zuständig gewesen. Zudem kenne er den Verwaltungsablauf in dieser Stadt sehr gut. Er habe mit seiner Entscheidung im Interesse der Stadt und der KAV gehandelt. Herr Usleber werde am 1. Juli in die Stelle als neuer Geschäftsführer eingewiesen.

Vorsitzender Sitki wirft ein, dass die KAV ausgerechnet bei der Stellenbesetzung ihres eigenen Geschäftsführers unberücksichtigt geblieben sei, anstatt hier ein Zeichen für die Integration zu setzen und deutlich zu machen, dass die KAV als politisches Gremium ernst genommen werde. Es sei leider eine Tatsache, dass die KAV in Personalfragen kein Entscheidungsrecht habe.

MdKAV Rinaldi beklagt den Verlauf der Personalauswahl durch den Dezernenten für Integration und bedauert, dass die KAV derart missachtet werde. Er schlägt vor, gegen den Kandidaten des Dezernenten ein Mißtrauensvotum auszusprechen.

MdKAV Gülegen äußert sich enttäuscht, dass trotz mehrerer Gespräche zwischen dem Dezernenten und dem Vorsitzenden kein Konsens in dieser Sache gefunden worden sei. Herr Stadtrat Dr. Magen verkaufe diese Entscheidung im Nachhinein der KAV als etwas Gutes. Er meint, dass bei derartigen Verwaltungsentscheidungen ein politisch arbeitendes Gremium grundsätzlich Mitspracherecht haben sollte. Die Logik gebiete es, dass hier im Rahmen einer "Zusammenarbeit" eine Mitsprache eingeräumt werde. Die Vorauswahl der Bewerber/-Innen sei ausschließlich von Herrn Stadtrat Dr. Magen getroffen worden. Er habe 15 Bewerbungen ausgesucht, die er für geeignet befunden habe. Erst als die Gespräche liefen, konnten der Vorsitzende und er selbst Akteneinsicht nehmen. Nach Gülegen habe es nie einen Konsens über einen Bewerberkreis sondern nur über eine Bewerberin gegeben. Die KAV habe nach dem Rückzug der Favoritin eine Neuausschreibung gefordert, und einen Antrag auf Höherdotierung der Stelle des Geschäftsführers gestellt. Es sei in diesem Moment besonders unglücklich, dass Herr Usleber heute im Saal anwesend sei. Die KAV habe dann einen Kompromissvorschlag unterbreitet, um die Stelle neu besetzen zu können. Dabei sollte auf die Höherdotierung verzichtet werden, wenn die Eingruppierung in BAT III nach der Probezeit erfolgt. Das koste die Stadt wenig, denn der Vorgänger, Dr. Nirumand, sei bereits mit BAT III besoldet gewesen. Eine Neuausschreibung sei aber unbedingt erforderlich.

MdKAV Gülegen erinnert an die erste Stellenbesetzung zu Zeiten von Daniel Cohn-Bendit, bei der den Vertretern der KAV alle Bewerbungen vorgelegen haben. Heute sei ein quasi traditionelles Recht zurückgenommen worden. Er halte es für das persönliche Versäumnis des Dezernenten, die Stelle erst so spät zu besetzen. Erst gegen Ende vergangenen Jahres sei eine Stellenausschreibung vorgenommen worden.

Die Stadtverordnete der Grünen, Frau Eskandari-Grünberg meldet sich zu Wort. Sie findet es berechtigt, zu fordern, die Stelle des KAV-Geschäftsführers höher zu dotieren. Leider habe es bisher keine Mehrheit für diese Forderung gegeben. Sie findet, die Dotierung sei im Vergleich mit anderen Stellen zu niedrig. Sie sei enttäuscht, dass Stadtrat Dr. Magen bereits zu wissen glaubt, wie der Bericht des Magistrats über den KAV-Antrag zur Höherdotierung der Stelle aussehe.

Stadtrat Dr. Magen weist den Vorwurf, "patriarchalisch" gehandelt zu haben zurück. Die Stellenausschreibung sei deshalb nicht früher erfolgt, weil er diese Besetzung zeitlich nicht vor der Zusammensetzung der neuen KAV vornehmen wollte. Die gelaufene Stellenausschreibung sei nach dem bestehenden Stellenprofil von Dr. Nirumand erfolgt und der Vorsitzende, Herr Sitki, sei mit in die Vorstellungsrunde einbezogen worden. Der Dezernent habe den Eindruck erhalten, es seien die besagten drei Kandidaten gewesen, die auch die Zustimmung des Vorsitzenden gefunden hätten. Er sei dann überrascht gewesen, dass es danach gelautet habe, "wir wollen alle nicht". Er habe im Magistrat keine Person gefunden, die den KAV-Antrag auf Höherdotierung unterstützt hätte. Dies zu auszusprechen, sei einfach ehrlich. Zum vorgeschlagenen Kompromiss der KAV sei folgendes zu sagen: Der angesprochene Bewährungsaufstieg sei geregelt im Manteltarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Er sehe keinen Sinn mehr im längeren Hin und Her. Der Magistrat sei verpflichtet, jetzt zu handeln, auch im Interesse der Bewerber.

Vorsitzender Sitki erwidert, man hätte viel Zeit sparen können. Er beklagt, dass hinter den Türen andere Entscheidungen fallen, als die, die vorher abgesprochen waren. Eine erzwungene Zusammenarbeit mit einem Geschäftsführer, der nicht von der KAV mitbestimmt worden sei, halte er für eine Zumutung.

MdKAV Dr. Hüseyin Kurt, betont, der neue Geschäftsführer wird nicht das Vertrauen der KAV besitzen. Er möchte, dass beide Seiten ihr Gesicht wahren könnten und appelliert an Herrn Usleber, die Stelle nicht anzunehmen.

Stadtrat Dr. Magen meldet sich zu Wort. Er wolle hier keine Personaldiskussion führen. Er stellt Herrn Usleber kurz vor.

MdKAV Gülegen meint, dass die Argumente nun ausgetauscht seien. An die Mitglieder der KAV gewendet fragt er, was nun zu machen sei?

MdKAV Kuntich findet, dass die KAV übergangen worden sei. Kompromisse seien vom Dezernenten nicht berücksichtigt worden.

Vorsitzender Sitki stellt daraufhin den Antrag, die Sitzung vorzeitig abzubrechen und sich in dieser Angelegenheit in den nächsten Tagen ausführlich zu be-

raten bzw. mit den Vertretern des Präsidiums am kommenden Mittwoch um 18.00 Uhr eine Krisensitzung abzuhalten.

Der Antrag wird von der Mehrheit der anwesenden KAV-Mitglieder angenommen.

Die 8. öffentliche außerordentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV)
am **26. Juni 2002** im Plenarsaal
der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer

Informationen des Vorsitzenden

Vorsitzender Sitki berichtet vom Treffen der Arbeitsgruppe, die sich mit der Geschäftsordnung der KAV befasst. Die Vorlage wurde geprüft und muss zur Begutachtung an das Rechtsamt weiter geschickt werden, ehe sie im Plenum in der endgültigen Fassung beschlossen werden kann.

Es wurden im Zeitraum der letzten beiden Wochen zwei Pressemitteilungen verschickt. Die eine aus aktuellem Anlass als Stellungnahme zum neuen Zuwanderungsgesetz und die zweite als Kommentar zur anstehenden Neubesetzung der Stelle des Geschäftsstellenleiters.

Neubesetzung der Stelle des Geschäftsführers der KAV

Vorsitzender Sitki fasst die Gespräche und Ereignisse der letzten Monate für die anwesenden Vereinsmitglieder und die Presse zusammen und kommt zu dem Schluss, dass bei in der Stellenbesetzung zwischen KAV und Dezernat XI keine einvernehmliche Lösung gebe. Leider sei der Streit bereits öffentlich ausgetragen worden und habe die starke Kluft zwischen KAV und dem Dezernenten, Herrn Stadtrat Dr. Magen in dieser Frage deutlich gemacht.

Der von der KAV verabschiedete Etatantrag auf Höherdotierung der Stelle des Leiters der KAV-Geschäftsstelle sei wegen der schlechten finanziellen Situation der Stadt abgelehnt worden. Letztendlich könne die abschließende Besetzung der Position durch den Dezernenten für Integration nicht hingenommen werden. Zu diesem Ergebnis kam auch das Präsidium der KAV in seiner letzten Sitzung. Vorsitzender Sitki protestiert noch einmal gegen die Entscheidung des Dezernenten. Er aber möchte dem neuen Geschäftsführer, Herrn Thomas Usleber eine faire Chance geben.

Herr Stadtrat Dr. Magen fasst seine Position zusammen: Die Stellenbesetzung wurde aufgrund der Stellenbeschreibung der Position von Herrn Dr. Nirumand

vorgenommen. Insgesamt hätten sich 45 Personen beworben. Eine Auswahl sei in Übereinstimmung mit dem Vorsitzenden Sitki erfolgt. Eine Vorstellungsrunde am 17. Januar 02 habe 3 herausragende Bewerber ergeben, wonach er der Bitte der KAV um Akteneinsicht in die Bewerberunterlagen der Auswahlkandidaten stattgegeben habe, was rechtlich eigentlich nicht zulässig gewesen sei. Nach dem Rückzug einer Bewerberin aus dem Verfahren wären 2 Kandidaten, darunter Herr Usleber verblieben. Die Besetzung von Stellen innerhalb der Stadtverwaltung sei Sache des Magistrats und die Einbeziehung von Herrn Sitki in die Vorstellungsrunde war ein großes Zugeständnis. Er verweist auch auf einen Brief vom März 2002 an den Vorsitzenden Sitki, in dem er auf die dringliche Besetzung der Stelle auf Weisung des Personaldezernenten Horst Hemzal hingewiesen habe. In der Verabschiedung des Haushalts durch die Stadtverordneten am 25. April 02 sei keine Höhergruppierung der Stelle erfolgt. Zudem sei auch in der KAV-Plenarsitzung im Februar 2002 ein Beschluss der Stadtverordneten (Punkt 19 TO) zur Kenntnis genommen worden, dass die Stellenneubesetzung durch den Magistrat erfolgt. Herr Usleber habe sich als bestqualifiziert für die Stelle des KAV-Geschäftsführers erwiesen und die Besetzung mit ihm sei die logische Konsequenz gewesen. Letztlich habe Vorsitzender Sitki mehr verlangt, als die Stadtverordneten gegenüber dem Magistrat in Anspruch nehmen.

MdKAV Parrondo fragt, warum die Besetzung der Stelle durch die KAV nicht möglich sein solle. Die Besetzung würde vorab von vielen Leuten diskutiert, wobei ausgerechnet die KAV nicht mit einbezogen worden sei. Er regt an, für die Zukunft zu klären, dass die KAV bei der Neubesetzung der Geschäftsstellenleitung die Vorauswahl treffen solle. Erst danach sollte das Bewerbungsverfahren die städtischen Stellen durchlaufen. Die KAV mache den Vorschlag und der Magistrat beschließt.

Die KAV solle die Ausschreibung selbst formulieren dürfen. Dazu könnte sich eine kleine Kommission aus Mitgliedern der KAV bilden. Die Abänderung des formellen Weges sei lediglich eine Frage des politischen Willens. Der Fehler liege im formellen Konstrukt.

Stadtrat Dr. Magen wendet ein, dass eine derartige personelle Entscheidung durch die KAV nach dem öffentlichen Dienstrecht nicht möglich sei.

MdKAV Rinaldi sieht die Entscheidung des Dezernenten für Integration juristisch gerechtfertigt. Trotzdem sei die Auswahl des Geschäftsführers eine inter-

ne Angelegenheit der KAV. Er sieht keine Vertrauensbasis zwischen KAV und dem Dezernat für Integration gegeben. Zudem halte er nichts von einem jüngst erschienen Artikel in der FAZ, in dem Herr Usleber als "Prügelknabe" bezeichnet wurde.

MdKAV Dr. Kurt sieht die Ursache der Auseinandersetzung in dem mangelhaften politischen System begründet. Die KAV vertrete rund 30 Prozent der Frankfurter Bevölkerung und sei faktisch nicht in der Lage, die Mitarbeiter ihrer Geschäftsstelle selbst auszuwählen. Er fragt, wofür sie denn dann eigentlich gewählt würden? Er hält die Vorschläge von MdKAV Parrondo für akzeptabel und appelliert an Stadtrat Dr. Magen, mitzuhelfen, das System zu reformieren.

MdKAV Gülegen empfindet die Neubesetzung der Stelle durch den Dezernenten für Integration als größte Demütigung der KAV. Die Besetzung dieser Position sei eine Frage, die ausschließlich die KAV betreffe. Mit dem Rückzug auf den rein verwaltungsrechtlichen Standpunkt habe der Dezernent sich zum Totengräber der KAV gemacht. Er erinnert an Dr. Nirumand, der ebenfalls im Rahmen eines Verwaltungsaktes eingestellt worden sei. Damals sei es aber möglich gewesen, das gesamte Plenum der KAV in das Auswahlverfahren mit einzubeziehen und sich einvernehmlich zu entscheiden. Herr Gülegen wirft dem Dezernenten Paternalismus vor. Die KAV stehe vor einem Scherbenhaufen der zukünftigen Zusammenarbeit mit dem Geschäftsführer. Leider habe der Dezernent seinen Wunschkandidaten bereits durchgesetzt. Die in den vergangenen Jahren andauernde Lösung aus dem strukturellen Einflußbereich des Amka sei durch die Wahl von Herrn Usleber, einem Amka-Mitarbeiter, zunichte gemacht worden. Alle strukturellen Probleme würden einfach hinweggewischt. So sei keine Zusammenarbeit möglich.

Die Stadtverordnete der SPD, Maria de los Rios bittet um das Wort. Sie zeigt sich enttäuscht über den Verlauf des bisherigen Verfahrens. Alles drehe sich nur um die Stellenneubesetzung, wobei sie den Vorschlag von Manuel Parrondo gut findet, denn er konzentriere sich auf die Zukunft. Angesichts des schlechten Wahlergebnisses der KAV sei eine Rückkehr zur sachbezogenen Arbeit wichtig.

Für den Vorsitzenden Sitki ist die Besetzung der Stelle des Geschäftsstellenleiters nicht eine Frage der Personalpolitik sondern des Verfahrens, und das müsse abgeändert werden.

MdKAV Dr. Kurt empfindet die Wortmeldung von der Stadtverordneten de los Rios im Zusammenhang mit ihrer Äußerung über die schlechten Wahlergebnisse der KAV als eine Demütigung und er bittet sie, sich zu entschuldigen.

MdKAV Alemdar bedauert die Monate, die mit der Diskussion um die Benennung verspielt worden seien. Seiner Meinung nach gehe zuviel Zeit mit der Besprechung dieser Angelegenheit verloren. Er habe den Entschluss getroffen, nicht mit dem neuen Geschäftsführer zusammen zu arbeiten. Er plädiert für eine Isolation des Geschäftsführers, denn Reden und Resolutionen brächten nichts ein.

MdKAV Tozoglu fragt das Plenum, was die Lösung in dieser Angelegenheit sein könnte? Was soll jetzt gemacht werden?

MdKAV Esen äußert Kritik an der in seinen Augen undemokratischen Besetzung der Stelle durch Herrn Stadtrat Dr. Magen.

Stadtrat Dr. Magen wendet ein, das es hier nicht um juristische Spitzfindigkeiten gehe. Er sei verpflichtet zu einer freundlichen Zusammenarbeit und werde dieser Verpflichtung nachkommen. Er bitte aber darum, Herrn Usleber menschlich und fair zu behandeln und ihm als zukünftigem Geschäftsführer der KAV eine Chance zu geben. Das öffentliche Dienstrecht sei so konzipiert, dass politische Gesichtspunkte in der öffentlichen Verwaltung keine Rolle spielen dürften. Er gebe den Ratschlag, sich nicht im Ärger in eine bestimmte Situation hineinzusteigern. Seiner Meinung nach nutze die KAV die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichend aus und diskutiere zu viel das eigene "Standing". Herr Cumar Yagmur, der Vorsitzende des Einwanderertreffs e. V. bittet um das Wort, das ihm mit einer Gegenstimme erteilt wird. Seiner Meinung nach sollte die KAV bei der Besetzung der Stelle des Geschäftsführers das letzte Wort haben und der Personalrat solle eingeschaltet werden.

Der Stadtverordnete der E. L., Luigi Brillante bittet um das Wort. Seiner Meinung nach sei die KAV als politisches Gremium gewählt worden, um die ausländische Bevölkerung in Frankfurt zu vertreten. Er kenne Herrn Usleber nicht näher, er stelle aber fest, dass die Fronten kompromisslos verhärtet seien. Bürokratisch sei die Entscheidung des Dezernenten für Integration in Ordnung gewesen, sie beweise allerdings fehlendes Fingerspitzengefühl. Er halte eigentlich eine Neuausschreibung für eine gute Lösung.

Mündliche Anträge in diesem Zusammenhang

MdKAV Gülegen stellt einen Antrag. Er fordert den Dezernenten für Integration, Stadtrat Dr. Magen zum Rücktritt auf.

MdKAV Rinaldi stellt einen Antrag. Er fordert Herrn Usleber auf, die Stelle nicht anzutreten.

MdKAV Parrondo ist gegen den Rücktritt von Stadtrat Dr. Magen und unterstützt den Antrag von MdKAV Gülegen nicht, den er als "naiv" bezeichnet. Er stellt einen Antrag. Die KAV soll das Recht bekommen, die Vorauswahl eines zukünftigen Leiters der KAV-Geschäftsstelle selbst zu treffen. Erst dann seien die städtischen Gremien mit einzubeziehen.

Stadtrat Dr. Magen nimmt zu den mündlich formulierten Anträgen Stellung: Als Stadtrat könne er nicht zum Rücktritt aufgefordert werden, denn als ehrenamtlicher Stadtrat sei er nicht abwählbar, er könne lediglich durch die Oberbürgermeisterin abberufen werden. Zudem genieße er das volle Vertrauen aller Personen, die an der Auswahl der Kandidaten beteiligt waren.

Der Antrag von MdKAV Parrondo (Vorauswahl von Stellenbewerbern durch die KAV) wird mit einer Enthaltung angenommen.

Der Antrag von MdKAV Gülegen (Die KAV fordert den Dezernenten für Integration zum Rücktritt auf) wird mit 16 Gegenstimmen, 6 Enthaltungen und 1 Fürstimme abgelehnt.

Der Antrag von MdKAV Rinaldi (Rücktritt von Thomas Usleber als Geschäftsführer der KAV) wird mit 14 Fürstimmen, 2 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

Anträge

MdKAV Dr. Kurt erläutert den Antrag bzw. die Anfrage der Liste "GfbZ-Liste BIRLIK" über die Situation der ausländischen SchülerInnen an Frankfurter Sonderschulen. Zu verzeichnen sei eine Zunahme türkischer SchülerInnen an Frankfurter Sonderschulen. Er vermutet, die Kinder würden leichtfertig wegen mangelnder Sprachkenntnisse auf die Sonderschule geschickt. Der Magistrat wird aufgefordert, zu dieser Situation Stellung zu nehmen.

Stadtrat Dr. Magen hält diesen Antrag prinzipiell für vernünftig, er bezweifelt jedoch die Aussagekraft der im Antrag abgebildeten Statistiken. Zudem sei das Staatliche Schulamt in dieser Frage anzusprechen und nicht der Magistrat der Stadt Frankfurt. Er schlägt vor, den Magistrat als Ansprechpartner zu streichen und den Antrag unverzüglich zu stellen.

MdKAV Alemdar stimmt dem Antrag zu. MdKAV Alemdar regt an, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich mit den Schulberichten auseinandersetzt. Er schlägt außerdem vor, den Antrag zu überarbeiten und nach der Sommerpause einzubringen. MdKAV Gülegen unterstützt diese Anregung.

Der Antrag wird mit der abgesprochenen Änderung ("an das Staatliche Schulamt") mit 0 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

MdKAV Dr. Kurt erläutert den zweiten Antrag der Liste "GfbZ-Liste BIRLIK" zur Situation der islamisch orientierten Vereine in Frankfurt am Main. Die Stadt fördere generell Vereine, die am kulturellen Leben einen großen Anteil haben. Er plädiere dafür, die finanziellen Förderungen anteilmäßig gerade für islamisch orientierte Vereine wegen ihrer großen Bedeutung zu erhöhen.

Stadtrat Dr. Magen entgegnet, dass generell keine Zuschüsse von der Stadt für muslimische Gemeinden erfolgen, die religiös orientiert seien. Es werden lediglich einzelne Kulturveranstaltungen bezuschusst, u.a. auch vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten. Es sei aber im Interesse der Stadt, den Dialog und die Zusammenarbeit mit muslimischen Vereinen zu vertiefen.

Der Antrag wird nach Diskussion mit Änderungen (Die erste Frage im Antrag streichen) bei 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung angenommen.

MdKAV Dr. Kurt erläutert den dritten Antrag der Liste "GfbZ-Liste BIRLIK" über mehr muttersprachliche Lehrkräfte an hessischen Schulen. Gefragt wird u.a. wie viele Lehrkräfte an hessischen Schulen in absehbarer Zeit in Ruhestand gehen und wie viele muttersprachliche Lehrkräfte eingestellt werden.

Der Antrag wird mit Änderungen (Klammerzusatz "türkisch" zugunsten von "allen" Muttersprachen streichen) mit 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung angenommen.

MdKAV Tozoglu erläutert ein Hilfeersuchen der Liste "Emigranten-Union" zur Abschiebung von Frau Fatima Akin in die Türkei. Der Magistrat soll aufgefordert

werden, den Fall dieser Frau zu untersuchen bzw. zu überprüfen. Die vorliegende Diskussionsvorlage ist entsprechend den Erfordernissen eines Antrages umzuf formulieren.

Der Antrag wird einstimmig mit neuem Wortlaut angenommen.

Die 9. öffentliche außerordentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am **12. August 2002** im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer

Informationen des Vorsitzenden

Zum TOP 8 "Lokale Agenda"

Die Agenda 21 als Aktionsprogramm für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung im 21. Jahrhundert wurde 1992 in Rio de Janeiro auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung verabschiedet. 179 Staaten setzten sich damit das Ziel, den Schutz der Umwelt in Einklang zu bringen mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen aller Menschen.

Auf lokaler Ebene sind die Kommunen aufgerufen, sich mit ihren Bürgerinnen und Bürgern zu beraten und in diesem Konsultationsprozess eine Lokale Agenda 21, also ein Handlungsprogramm für die lokale Ebene zu erarbeiten.

In Frankfurt am Main beteiligen sich seit 1996 knapp 90 Organisationen, Unternehmen und Institutionen, aber in verschiedenen Stadtteilinitiativen auch einzelne Bürgerinnen und Bürger am Agenda-Prozess.

In Arbeitskreisen wurden Leitlinien für die Bereiche Arbeit, Ernährung, Freizeit, Globale Partnerschaft, Konsum, Verkehr und Wohnen entwickelt, die im Forum - dem eigentlichen Beschlussgremium - abgestimmt und 1999 verabschiedet wurden.

Die KAV hat mit Beschluß vom 03.04.2000 den Vorschlag an die Stadtverordneten-Versammlung gerichtet, den Agenda-Prozess fortzuführen.

Abschiebung der türkischen Staatsangehörigen Akin, Fatima

Die Stellungnahme der Ausländerbehörde zu der Abschiebung von Frau Akin ist jetzt bei der Geschäftsstelle eingegangen.

Zusammenfassung der Stellungnahme:

Die vorherige Aufenthaltsgenehmigung von Frau A. war durch einen Aufenthalt von mehr als sechs Monaten im Ausland erloschen. Deshalb reiste Frau A. illegal wieder nach Deutschland ein. Bei illegaler Einreise musste der in Deutschland gestellte neue Antrag auf Aufenthaltserlaubnis abgelehnt werden. Dies wurde Frau A. am 04.03. mitgeteilt und ihr wurde ein Monat eingeräumt, die Bundesrepublik freiwillig zu verlassen. Da sie dies nicht getan hat, wurde sie am 14.05. zwangsweise abgeschoben.

Die vollständige Stellungnahme kann bei der Geschäftsstelle eingesehen werden.

MdKAV Enis Gülegen nimmt zur Abschiebung der Türkin Akin Stellung: Es sei kein zumutbarer Zustand, dass Ausländerinnen und Ausländer, die schon sehr lange in der Bundesrepublik wohnen – und besonders Rentnerinnen und Rentner – unter eine solche Regelung (Verfall der Aufenthaltserlaubnis nach einem Aufenthalt von mehr als sechs Monaten im Ausland) fallen. Es müsse sowohl etwas für den rechtlichen Schutz dieser Menschen, als auch etwas zur Information getan werden.

MdKAV Dr. Kurt weist darauf hin, dass diese Frist auf Antrag auf ein Jahr Auslandsaufenthalt verlängert werden kann. Dieser Antrag sollte aber wegen der langen Wartezeiten nicht nur auf dem Ordnungsamt, sondern z.B. auch bei der Meldebehörde gestellt werden können.

Stadtrat Dr. Magen schlägt vor, ein Informationsblatt (oder eine entsprechende Broschüre) zu erstellen.

Fragestunde

MdKAV Aygün fragt nach seinem Antrag vom 08.03.2002, der in der 5. Plenarsitzung in abgeänderter Form angenommen wurde. In diesem Antrag sollten Gespräche und Diskussionen mit Politikern und Parteien über die Themen "Kommunales Ausländerwahlrecht" und "Doppelte Staatsbürgerschaft" geführt werden.

Vorsitzender Sitki erklärt, dass eine Aktion zur anstehenden Bundestagswahl geplant ist.

MdKAV Gülegen schlägt eine Podiumsdiskussion mit Kommunalpolitikern vor. MdKAV Rinaldi ist zwar grundsätzlich ebenfalls für eine Podiumsdiskussion, hält die Zeit dafür aber für zu knapp.

Die 10. öffentliche außerordentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am **9. September 2002** im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer

Informationen des Vorsitzenden

Wochenendseminar am 21./22. September 2002

Wie Sie aus einer Ihnen zugesandten Einladung wissen, findet am Wochenende 21. und 22. September ein Seminar der Institution Arbeit & Leben statt. Es ist ein Familienseminar, an dem auch Familienmitglieder teilnehmen können und es haben sich sehr schnell 25 Teilnehmer gemeldet. Einige weitere Interessenten konnten leider nicht berücksichtigt werden, da die Anzahl begrenzt war. Ich freue mich sehr über dieses große Interesse und es zeigt, dass ein besonderer Bedarf an solchen Veranstaltungen besteht.

Es geht in diesem Seminar um Kommunikation und Arbeit in Gremien, wobei allgemeine Abläufe im Mittelpunkt stehen, aber auch genug Freiraum für eigene Vorschläge bleibt.

Gesundheitsförderungs-Konferenz Sossenheim

Am 4. September fand eine Konferenz zum Thema "Gesundheitsförderung für Familien im Stadtteil Sossenheim" statt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf die Wichtigkeit der gesundheitlichen Versorgung von Migranten aufmerksam machen und an die Delegierten für den Ortsbeirat Sossenheim appellieren, aktiver zu werden.

Lärminderung in den Stadtteilen

Das Umweltamt hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass demnächst in 2 bis 3 Stadtteilen pro Jahr Arbeitsgruppen, die sich mit Möglichkeiten der Lärminderung befassen, gebildet werden und Vertreter der KAV ausdrücklich erwünscht sind. Die Arbeitsgruppen werden vier bis sechs Mal tagen. Begonnen wird mit dem Stadtteil Oberrad.

Wer Interesse hat, hier mitzuarbeiten, kann sich bei der Geschäftsstelle melden.

Anträge

1. Teilnahme von Doña Carmen am "Runden Tisch"

MdKAV Parrondo begründet seinen Antrag: Der Ortsbeirat 1 hat in einem Antrag (OA 886) die StVV aufgefordert, dem Selbsthilfverein Dona Carmen wieder die Teilnahme am "Runden Tisch" zur Prostitution zu ermöglichen.

Dieser Verein vertritt als Selbsthilfegruppe die betroffene Personengruppe und die KAV sollte deshalb den Antrag des OBR 1 unterstützen.

MdSVV Pürsün wird das Wort hierzu erteilt. Er macht darauf aufmerksam, dass dieser Verein gegen die Regeln des "Runden Tisches" verstoßen habe und der Ausschluss gerechtfertigt war. Der genannte Antrag des OBR 1 wurde aus diesen Gründen bereits von der StVV an die Verwaltung abgegeben. Der Antrag der KAV komme deshalb zu spät.

MdKAV Gülegen meint, dass der Antrag an den "Runden Tisch" selbst zurückgegeben wurde und dass der vorliegende Antrag der Internationalen Liste Frankfurt mit diesem Inhalt keinen Sinn macht.

MdKAV Rinaldi erklärt, dass der Antrag des OBR 1 auf der TO 2 stehe und über die Abstimmung der TO 2 unterstützt werden könne.

MdKAV Aygün wehrt sich dagegen, dass eine solche Sache überhaupt von der KAV behandelt wird. Damit werde auch die Prostitution indirekt als eine normale Sache angesehen.

MdKAV Alemdar betont, dass sich die ausländischen Frauen, um die es hier geht, in einer unmenschlichen Situation befinden. Die KAV könne diesen Zustand nicht ignorieren.

MdKAV Rinaldi spricht sich ebenfalls für den Antrag aus.

MdKAV Parrondo weist darauf hin, dass der Antrag des OBR 1 in weiteren Ausschüssen noch zur Debatte anstehe. Die KAV sollte Stellung beziehen und der Antrag jetzt beschlossen werden.

Abstimmung: Bei einer Ablehnung und fünf Enthaltungen wird dem Antrag zugestimmt.

2. Festakt zum 11. Geburtstag der KAV

MdKAV Parrondo begründet seinen Antrag: Eine Veranstaltung zum 10. Geburtstag der KAV habe es aufgrund der KAV-Wahlen nicht geben können. In Anbetracht dessen, welche politischen Veränderungen (z.B. Zuwanderungsgesetz) anstehen, sollte die KAV eine entsprechende Veranstaltung dieses Jahr durchführen. Zur Organisation soll eine Arbeitsgruppe gebildet werden.

Vorsitzender Sitki weist auf die Unterredungen und die Vorschläge in der Präsidiumssitzung hin. Im Gespräch waren dort eine Jahresabschlussfeier oder ein Neujahrsempfang. Er stellt die Frage, welcher Art die Veranstaltung sein soll: ein Festakt oder ein Fest.

MdKAV Tozoglu spricht sich für beides aus: Möglich wäre ein Festakt mit anschließendem Fest.

MdKAV Gülegen spricht sich ebenfalls für beides aus, kann sich jedoch auch zwei getrennte Veranstaltungen vorstellen.

MdKAV Solomon schlägt eine 2-Tages-Veranstaltung vor, wobei ein erster Tag

im Stile eines Festes und der zweite Tag besinnlicher und ruhiger verlaufen könnte.

Abstimmung: Der Antrag wird einstimmig angenommen. Die Arbeitsgruppe soll die detaillierte Planung übernehmen.

Arbeitsgruppe: Zur Arbeitsgruppe melden sich die MdKAV: Dr. Kurt, Parrondo, Metin, Solomon, Petkos, Aygün und Nikolic.

3. Anfrage vom Vorsitzenden Sitki an den Magistrat: Wann tagt die Magistratskommission für Gleichberechtigung und Integration?

Stadtrat Dr. Magen erklärt, dass die Benennung der Mitglieder erst vor der Sommerpause erfolgt ist. In der Sommerpause konnte die Kommission nicht tagen. Die Einladung zur nächsten Sitzung werde in den nächsten Wochen erfolgen. Normalerweise wird eine Kommission nur dann einberufen, wenn der Magistrat in einer Frage ihre Hilfe benötigt. Dies soll jedoch diesmal nicht ausschlaggebend sein. Die Themen sollen vielmehr in der Sitzung erarbeitet werden.

Vorsitzender Sitki möchte trotz der Antwort von Dr. Magen an seinem Antrag festhalten, da er die Antwort gerne in schriftlicher Form hätte.

Abstimmung: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Wahlkampf und Aktion der KAV zur Wahl

MdKAV Gülegen macht deutlich, dass die jüngsten Aussagen von CDU/CSU-Politikern im Vorfeld der Bundestagswahl überaus bedenklich sind. Rechtsstaatliche Prinzipien werden über Bord geworfen. Dabei sei die Äußerung von Herrn Stoiber, Ausländer müssen selbst im Verdachtsfall ausgewiesen werden, an sich nicht gefährlich, weil sehr leicht als rechtliche Unmöglichkeit zu entlarven, jedoch gefährlich seien die Hintergründe, nämlich schlicht Wählerstimmenfang und vor allem die möglichen Wirkungen: Solche Wahlkampagnen können Exzesse auslösen. Wichtig sei deshalb eine zwar bedachtsame, aber trotzdem tendenziöse Wahlempfehlung der KAV.

Stadtrat Dr. Magen möchte eine Verschärfung der Situation verhindern. Die Äußerung von OB Roth sei nur als eine Verkürzung wiedergegeben worden, sie sei nicht im Sinne von "Ich will nicht", sondern im Sinne von "Ich kann nicht" zu verstehen und habe überhaupt nichts mit finanziellen Mitteln für Ausländer zu tun.

Vorsitzender Sitki hält dagegen, dass OB Roth die Äußerung auf einer CDU-Veranstaltung getan habe, nicht als Verwaltungschefin.

MdKAV Parrondo weist darauf hin, dass auf einer jüngsten Sitzung des Bundesausländerbeirates zwei Punkte vorgeschlagen wurden: 1. Aufruf an alle Eingebürgerten, zur Wahl zu gehen und 2. Eine Aktion pro generelles Wahlrecht für alle Ausländer. Er schlägt deshalb eine Kundgebung am Wahlsonntag ab 17 Uhr auf dem Römerberg vor.

MdKAV Rinaldi führt an, dass MdKAV Gülegen bei der Erklärung von OB Roth nicht anwesend war. Er interpretiert ihre Erklärung als einen Hilfeschrei und plädiert gegen eine Parteiergreifung, eine Aufforderung zur Wahl sei alles, was zu tun ist.

MdKAV Alemdar macht darauf aufmerksam, dass die CDU seit 6 bis 8 Jahren vor den Wahlen versteckte Propaganda mit ausländerfeindlichen Aktionen mache. MdKAV Aygün betont die Wichtigkeit, eine Veranstaltung vor den Wahlen zu organisieren, da es am Wahltag oder danach zu spät sei. Er hält den kommenden Samstag oder Sonntag für geeignet.

MdKAV Gülegen führt aus, dass die Aussage von OB Roth in Inhalt und Zeitpunkt wohlüberlegt war und stellt die Frage in den Raum: Da Stoiber selbst weiß, dass im Verdachtsfall keine Ausweisung ausgesprochen werden kann, welchen Zweck hatte dann seine Aussage? Wie reagieren bestimmte Menschen darauf? Eine ganze Bevölkerungsgruppe wird für vogelfrei erklärt.

Stadtrat Dr. Magen wiederholt, dass die Aussage von OB Roth verkürzt wiedergegeben wurde. Er weist auf die gute Lokal-Politik der CDU in Frankfurt und auf die Landespolitik hin. Er warnt außerdem vor einer Pauschalisierung: Man solle nicht die Gefahr eingehen, Ausländer und Deutsche in dieser Frage als zwei gegensätzliche Gruppen anzusehen. Auch Ausländer denken nicht einheitlich über militante Gruppen.

MdKAV Aslan stellt eine Frage an Dr. Magen: In der Hürriyet sei Beckstein dahingehend zitiert worden, dass er das Visum für Türken generell abschaffen wolle. Glauben Sie daran?

Stadtrat Dr. Magen antwortet, dass er Beckstein als einen Freund von Hürriyet kennt und sich diese Aussage nicht vorstellen kann. Zur Aktion schlägt er nochmals vor, sich auf einen Wahlauf Ruf ohne Bezug auf irgendeine Partei zu beschränken.

MdKAV Gülegen sieht keine Rechtfertigung darin, einen Politiker nur aus dem Grund zu verschonen, weil ein Anderer vor Jahren ebenfalls rassistische Bemer-

kungen gemacht hat. Er plädiert nochmals für eine Presseerklärung, in der auch dazu aufgefordert wird, besonnen zu wählen.

Vorsitzender Sitiki fragt in die Runde: 1. Wollen wir etwas machen? 2. Was wollen wir machen? Zur Auswahl stehen ein Aufruf zur Wahl sowie eine Empfehlung.

MdKAV Parrondo spricht sich für zwei getrennte Presseerklärungen aus: Eine zur Stoiber-Äußerung und eine allgemeine zur Wahl.

Abstimmung: Es wird einstimmig für den Vorschlag von MdKAV Parrondo gestimmt.

Verschiedenes

Vorsitzender Sitiki liest einen Brief von Dr. Magen an den Vorsitzenden und die Geschäftsstelle vor. Es geht darin um notwendige Haushaltskürzungen. In diesem Jahr müssen 5000 Euro im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, im nächsten Jahr vermutlich noch mehr gespart werden.

MdKAV Rinaldi kritisiert diese Maßnahme, der Etat der KAV sei ohnehin sehr gering.

MdKAV Gülegen läßt sich den Haushaltsansatz für die Öffentlichkeitsarbeit nennen und äußert große Bedenken, da 25 % im Vergleich mit den Einsparungen beim Amt für multikulturelle Angelegenheiten zuviel seien.

Stadtrat Dr. Magen stellt klar, dass die Einsparung von 5000 Euro im Verhältnis zum Gesamtetat der KAV gesehen werden müsse, nicht nur im Verhältnis zu dem für die Öffentlichkeitsarbeit.

MdKAV Gülegen bleibt trotzdem bei seinen Bedenken, da die Öffentlichkeitsarbeit der einzige Sektor sei, auf dem die KAV wirksam tätig werden könne. Hier wirkt sich demnach ein Einschnitt besonders nachteilig aus.

Die 11. öffentliche ordentliche Plenarsitzung der Kommunalen
Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV)
am **21. Oktober 2002** im Plenarsaal
der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer

Anträge

1. Antidiskriminierungssatzung

Vorsitzender Sitki begründet seinen Antrag.
Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Rasterfahndung

Vorsitzender Sitki begründet seinen Antrag.
Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

3. Einstellung der muttersprachlichen Sendungen

MdKAV Petkos begründet seinen Antrag.

Der Leiter der Geschäftsstelle Usleber macht darauf aufmerksam, dass die KAV keine Anträge an die ARD direkt richten kann.

MdStvv Yüksel schlägt vor, den Antragstext wie folgt zu ändern:

"Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten sich bei der ARD dafür einzusetzen, dass die muttersprachlichen Sendungen erhalten bleiben."

Stadtrat Dr. Magen weist darauf hin, dass die AGAH einen Vertreter in den Rundfunkrat entsendet und regt an, diesen mit dem Anliegen zu beauftragen.

MdStvv Zacardas schlägt vor, beide Wege einzuschlagen.

MdKAV Parrondo teilt mit, dass der Weg über die AGAH schon gegangen wird. Er begründet diesen Antrag unter anderem damit, dass die Migranten, die ja ebenfalls Gebühren zahlen, auch im Rundfunk zur Geltung kommen müssen.

MdKAV Tozoglu schlägt vor, eine neue Arbeitsgruppe zu bilden, die an alle Vereine appellieren soll, damit das Bestreben in weiterer Öffentlichkeit bekannt wird.

MdKAV Dinas folgt dem Vorschlag von MdKAV Tozoglu und erweitert diesen mit der Idee, eine Presseerklärung dazu abzugeben. Er weist darauf hin, dass hinter diesen Sendungen eine langjährige Tradition steht.

MdKAV Aygün ist der Ansicht, dass die Sendungen nur bestimmte Gruppen von Ausländern, aber längst nicht alle repräsentieren.

Es wird der durch MdStvv Yüksel veränderte Antrag zur Abstimmung gebracht. Dem Antrag wird bei einer Ablehnung und keiner Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

Zusätzlich soll ein Protestbrief an den Intendanten des SWR gesandt werden.

Tagesordnung II

Es findet eine Diskussion über drei Punkte der TO II statt:

25. Ausländische Schüler an Frankfurter Schulen

Vorg.: Anfrage der KAV an den Magistrat vom 29.07.2002, KA 00004

27. Muttersprachlicher Unterricht an hessischen Schulen

Vorg.: Anfrage der KAV an den Magistrat vom 16.07.2002, KA 00002

28. Die Situation der islamisch orientierten Vereine in Frankfurt am Main

Vorg.: Anfrage der KAV an den Magistrat vom 16.07.2002, KA 00003

MdKAV Carbone äußert sich zu der Anfrage betreffend der ausländischen Schüler an Frankfurter Schulen und äußert große Bedenken, dass die Angaben des Magistrats zutreffend sind. Auch geht die Antwort auf die Anfrage nicht auf spezielle pädagogische Konzepte ein.

MdKAV Dr. Kurt weist darauf hin, dass einige Fragen seiner Anfrage überhaupt nicht beantwortet, bzw. nur ausweichend beantwortet wurden.

Stadtrat Dr. Magen schlägt vor, dass die betreffenden KAV-Mitglieder auf die offenen Punkten direkt in den Ausschüssen eingehen sollten und dort auch mehr bewirken könnten. In den Fragen nach pädagogischen Konzepten sei die Stadt übrigens der falsche Ansprechpartner, hier sollte man sich z.B. über die AGAH an das Land Hessen wenden.

MdKAV Dr. Kurt widerspricht diesen Äußerungen. Die KAV ist für die Mitglieder die richtige Plattform. Es muß deshalb möglich sein, hier seinen Unwillen artikulieren zu können.

MdStvv Zacardas sieht das ebenso. Die KAV sei als beratendes Gremium geschaffen worden. Sie kann ihre Einwände gegenüber der Stadtverordnetenversammlung kundtun und diese könne die Meinung der KAV aufnehmen und weitertragen.

MdKAV Parrondo erklärt, dass die AGAH schon Stellung bezogen habe. Die Bundesrepublik, bzw. das Land Hessen müsse seinen Bildungsauftrag erfüllen,

nicht die Konsulate (wie es im Falle des Muttersprachlichen Unterrichtes vom Land Hessen vorgetragen wird), denn die Nutzer des Angebotes zahlten auch hier ihre Steuern. Er legt dar, dass viele Lehrer, die Muttersprachlichen Unterricht erteilt haben, in den normalen Schuldienst übernommen wurden, es aber keinen Ersatz gegeben habe.

MdKAV Aslan vergleicht die Schulsituation von heute mit der von vor 20 Jahren. Es habe in der Gesellschaft mittlerweile einen langsamen Wandel gegeben, dem habe die Schulpolitik aber leider keine Rechnung getragen. Hier habe sich kaum etwas geändert, also sei es nun an der Zeit dazu.

MdKAV Dr. Kurt weist auf die schnelle und reibungslose Integration der deutschstämmigen Einwanderer hin und stellt fest, dass also gezieltere und bessere Möglichkeiten vorhanden wären. Aber z.B. für türkische Kinder sei lange Zeit überhaupt nichts getan worden. Dabei sei es eine große Chance für die deutsche Gesellschaft, wenn Kinder bilingual aufwüchsen.

MdKAV Tozoglu wirft ein, dass mitunter auch die Eltern eine Mitschuld trügen. Ohne deren Nachfrage könne es auch kein Angebot geben. Deshalb sollte auch ein Appell an die Eltern ergehen.

MdKAV Aslan erklärt, dass es im Falle des Muttersprachlichen Unterrichts sowieso nur um finanzielle Interessen gehe.

MdKAV Carbone zeigt auf, dass in den Antworten des Magistrats die Integrationskurse zu kurz kämen. Sie fragt sich, wo diese Kurse stattfinden. Da Spracherwerb auch über die Kindergärten erfolgen sollte, träfe doch auch die Kommunen eine Verantwortung, man könne deshalb nicht alles auf das Land abschieben.

MdKAV Aygün meint, dass die Kinder auch ohne den Muttersprachlichen Unterricht zwar die Sprache lernen, dann jedoch weitaus schlechter und so könnten höhere Kosten als durch den Unterricht entstehen.

MdKAV Solomon spricht sich für ein Ende der Debatte aus. Vorsitzender Sitki macht darauf aufmerksam, dass nur noch drei Redemeldungen auf seiner Liste sind.

MdKAV Rinaldi spricht sich dafür aus, die Thematik im Ausschuß für Immigration und Integration weiter zu diskutieren.

MdKAV Dr. Kurt macht deutlich, dass die Türkei seinerzeit bereit war, den Muttersprachlichen Unterricht zu finanzieren.

Stadtrat Dr. Magen gibt einen kurzen Abriss über die Geschichte des Muttersprachlichen Unterrichts. Am Anfang waren die Heimatländer bereit, den Unterricht zu finanzieren. Dann aber wurden die Prioritäten anders gesetzt. Es wurde deutlich, dass die Schüler nicht mehr in ihr Heimatland oder das ihrer Eltern zurückkehren würden. Nun war das Erlernen der deutschen Sprache sehr wichtig, Förderkurse bekamen höhere Prioritäten als Muttersprachlicher Unterricht.

Abstimmung:

25. Ausländische Schüler an Frankfurter Schulen

Vorg.: Anfrage der KAV an den Magistrat vom 29.07.2002, KA 00004

27. Muttersprachlicher Unterricht an hessischen Schulen

Vorg.: Anfrage der KAV an den Magistrat vom 16.07.2002, KA 00002

28. Die Situation der islamisch orientierten Vereine in Frankfurt am Main

Vorg.: Anfrage der KAV an den Magistrat vom 16.07.2002, KA 00003

Diese drei Punkte = Zurückstellung

Alle anderen Punkte der TO II = Kenntnisnahme

Die 12. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am **25. November 2002** im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer

Anträge

9.1. Islamisch orientierte Vereine

Vorsitzender Sitki stellt den Antragsinhalt vor.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

9.2. Ausländische Kinder an Frankfurter Sonderschulen

Vorsitzender Sitki stellt den Antragsinhalt vor.

MdKAV Dr. Kurt erklärt, dass die Antwort des Magistrats zur letzten Anfrage hierzu unzureichend war.

Dem Antrag wird bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

9.3. Unterstützung des Films "Otras Vias – Andere Wege"

MdKAV Tsouras begründet den Antrag und erklärt, dass es in diesem Film nicht nur um Prostitution, sondern auch um Illegalität gehe. MdKAV Parrondo fragt nach, auf welchem Wege der Film unterstützt werden könne. Vorsitzender Sitki weist hierzu auf den Antragstext hin.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

9.4. Eine Stadtverwaltung für und mit Migranten

MdKAV schlägt vor, in Frage 2 die Formulierung "Erhöhungen und Verminderungen" durch das Wort "Veränderungen" zu ersetzen.

Dem Antrag wird in der abgeänderten Form einstimmig zugestimmt.

9.5. Keine Schließung des Bürgeramtes Bockenheim

Vorsitzender Sitki stellt den Antragsinhalt vor.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

9.6. Vorbereitung ausländischer Kinder auf die Einschulung

MdKAV Dr. Kurt erläutert seinen Antrag. Er gibt an, dass eine große Unzufriedenheit und Desinformation unter den ausländischen Eltern der Kindergartenkinder herrsche.

MdKAV Parrondo fragt, was mit den Kindern sei, die nicht in die Kindergärten gehen. Die Zahlen sagen zur Zeit, dass 21 % der ausländischen Kinder später eingeschult werden würden und 26 % ohne Schulabschluss bleiben. Diese beiden Kennzahlen müssten über Jahre beobachtet werden, um den Erfolg von Maßnahmen beurteilen zu können. Es sei außerdem zu beobachten, dass viele Eltern ihre Kinder aus den Kindergärten abmeldeten, weil sie meinten, dies sei nötig, wenn sie die Vorlaufkurse besuchten. Hier schlägt er eine Informationskampagne durch das Amka vor.

Stadtrat Dr. Magen weist darauf hin, dass alleine die Schulverwaltung die Gegebenheiten auf diesem Gebiet kenne. Ohne sie sei keine Informationskampagne durchführbar.

MdKAV Dr. Kurt möchte, dass die Notwendigkeit einer solchen Info-Broschüre in den Antrag aufgenommen wird.

MdKAV Carbone erklärt, dass dies der Frage 2 des Antrages widerspricht.

Stadtrat Dr. Magen schlägt vor, einen Brief an das Schuldezernat in dieser Angelegenheit zu schreiben.

Der Antrag wird mit der Ergänzung: "Frage 3: Werden die Eltern der ausländischen Kinder, die keinen Kindergarten besuchen, angesprochen oder ange-

schrieben und auf die Wichtigkeit hingewiesen?" zur Abstimmung gebracht. Dem so geänderten Antrag wird einstimmig zugestimmt.

9.7. Dieser Antrag wurde zu Beginn der Sitzung zurückgezogen!

9.8. Hartz-Kommission

MdKAV Esen erläutert seinen Antrag.

MdKAV Alemdar macht deutlich, dass die Ausführung von MdKAV Esen sowie auch die Fragen um die Auswirkungen und Bedeutungen der Hartz-Kommission sehr unverständlich sind.

Stadtrat Dr. Magen spricht sich gegen eine Info-Veranstaltung mit einem Referenten aus, solange noch viele Widersprüche und Unklarheiten kursieren.

MdKAV Erbas meint, dass der Antrag von einem anderen Gremium gestellt und dann von der KAV unterstützt werden müßte.

Vorsitzender Sitki gibt hierzu einen Termin bekannt: Am 18.12. trifft sich im Club Voltaire ein Bündnis gegen die Hartz-Pläne.

Dem Antrag wird bei 3 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.

9.9. "Haus der Kulturen"

Vorsitzender Sitki stellt den Antrag vor.

MdKAV Alemdar vertritt die Meinung, dass ein "Haus der Kulturen" in der Kaiserstraße nicht durchführbar sei, da die Mieten dort zu hoch lägen.

Dem Antrag wird bei einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen zugestimmt.

9.10. Einschulungsverfahren

MdKAV Carbone erläutert den Antrag.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

9.11. Ausländische Schüler an Frankfurter Sonderschulen

MdKAV Carbone erläutert den Antrag. Sie beantragt außerdem, dass beide Anträge (9.10 und 9.11) auch auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der AGAH kommen sollen.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

IV

Öffentlichkeitsarbeit

Pressemitteilung und Einladung vom 26.04.2002

Sehr geehrte Damen und Herren,
die derzeitige Ausbildungssituation für junge Menschen ist allgemein nicht zufriedenstellend. Gerade Jugendliche aus Migrantenfamilien haben es schwer, einen Ausbildungsplatz zu finden.

Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung der Stadt Frankfurt/Main (KAV) hat deshalb die INBAS GmbH (Offenbach) eingeladen, ihr Projekt "Integration durch Ausbildung" (in Kooperation mit der IHK und dem Zentrum für Türkeistudien, Essen) im Rahmen der nächsten Plenarsitzung der KAV vorzustellen.

Wir möchten Sie sehr herzlich zur 6. Plenarsitzung der KAV am

Montag, den 06. Mai 2002
gegen 19.00 Uhr (Vortragsbeginn)
im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus Römer

einladen. Es referieren Herr Schomburg von der IHK und Herr Kirchbach von INBAS. Der Vortrag dauert ungefähr eine halbe Stunde. Im Anschluss an die Vorstellung des Projekts ist eine gemeinsame Diskussion geplant.

Wir würden uns sehr freuen, Sie zu dieser Veranstaltung begrüßen zu können.

Pressemitteilung vom 23.05.2002:

Ersoy Mehmedov

Der Ausschuss für Immigration und Integration hat mit Mehrheit in seiner vergangenen Sitzung am 16. Mai 02 dem in Mazedonien geborenen Ersoy Mehmedov die Anhörung in eigener Sache verweigert. Es ist eine Entscheidung, die die KAV sehr bedauert, und die vor allem dem Ruf Frankfurts als tolerante und weltoffene Stadt nicht gerecht wird. Die Abweisung erweckt in der Öffentlichkeit den Eindruck, den Ausschussmitgliedern läge mehr an der formal-juristischen Einhaltung der Geschäftsordnung, als an Einzelschicksalen, die in diesem Fall in der Person von Ersoy Mehmedov umsonst hilfeschend an die Tür des Ausschusses klopfen.

Seit seinem 9. Lebensjahr lebt der Vollwaise Ersoy Mehmedov mit einer Aufenthaltsgenehmigung - befristet bis zum 18. Lebensjahr - bei seiner Tante hier in Frankfurt mit dem Ziel, eine Schulausbildung abzuschließen. Verständigungsschwierigkeiten in der Schule und eine prekäre familiäre Situation führten dazu, daß Ersoy den angestrebten Abschluss nicht schaffte. Strafverfahren verschlimmerten seine persönliche Situation.

Es geht uns nicht darum, die Fehler auf Seiten dieses Jugendlichen zu beschönigen oder zu entschuldigen. Tatsache ist aber, daß Ersoy schon seit einigen Jahren aus seinen Fehlern gelernt hat, und diese wieder gutmachen möchte. So wird er seit vier Jahren von Sozialarbeitern des Vereins Saz-Rock betreut - eine Zeit, die er genutzt hat, um gut Deutsch zu lernen und mit Erfolg seit Februar diesen Jahres den Hauptschulabschlusskurs der Volkshochschule Frankfurt zu besuchen.

Trotzdem droht Ersoy Mehmedov durch die ablehnende Haltung des Rechtsamtes der Stadt Frankfurt unerbittlich die Abschiebung, obwohl der zuständige Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel ihm die Chance einräumen würde, zumindest bis zum Ende der Ausbildung in Deutschland bleiben zu können.

Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung der Stadt Frankfurt/Main (KAV) fragt sich, welchem Zweck diese inhumane Grundhaltung städtischer Bediensteter dient. Wozu haben sich Sozialarbeiter jahrelang erfolgreich um diesen jungen Mann bemüht, wenn jetzt kurz vor dem ersehnten Schulabschluss seine Zukunftschancen zunichte gemacht werden? Zunächst investiert die Stadt Frankfurt in Ersoy Mehmedov, um ihm eine schulische Ausbildung zu finanzieren, nur um ihn dann kurz vor Erreichung dieses Zieles fallen zu

lassen und ihn in eine aussichtslose Zukunft abzuschieben. Alle Bestrebungen und jeglicher menschliche Einsatz im Fall von Ersoy würden damit zunichte gemacht. Die KAV appelliert daher an alle für diesen Fall zuständigen Personen, unbürokratisch und mit menschlichem Augenmaß zu verfahren und dem jungen Mann nicht die Zukunft zu verbauen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie die Stellungnahme der KAV zum Fall von Ersoy Mehmedov an Ihre Leser bzw. Hörer weitergeben würden.

Pressemitteilung vom 24.06.2002

Zuwanderungsgesetz

Der Vorsitzende der KAV, Hüseyin Sitki, äußert sich zum Thema Zuwanderungsgesetz wie folgt:

Am 20. Juni 2002, dem Weltflüchtlingstag der UNO, hat Bundespräsident Johannes Rau endlich das Zuwanderungsgesetz mit seiner Unterschrift auf den Weg gebracht. Die KAV begrüßt diese Entscheidung, denn mit dem Zuwanderungsgesetz wird zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland diesem Staat der Status eines Zuwanderungslandes zuerkannt. Das Zuwanderungsgesetz sorgt allerdings in vielen Punkten nicht für eine Verbesserung der Situation der hier lebenden und hier zuwandernden Ausländer und muss nachgebessert werden.

Ein wesentlicher Punkt des neuen Gesetzes ist die Steuerung der Zuwanderung. Dabei werden aber hauptsächlich wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Interessen berücksichtigt. Die Zuwanderung von Asylsuchenden wird hingegen erschwert. Gerade Asylbewerber müssen zukünftig mit erheblichen Einschränkungen rechnen, z. B. mit Kürzungen im Bereich Sozialhilfe oder bei Asylberechtigten mit dem Wegfall des unbefristeten Aufenthaltsrechts. Ebenso unbefriedigend ist es, dass die Asylgründe z. B. bei nicht staatlicher Verfolgung nicht ausgeweitet werden.

In Hinblick auf die berufliche Chancengleichheit von Ausländern und Deutschen enthält das neue Gesetz einen diskriminierenden Passus: Ausländer dürfen nur dann in Deutschland arbeiten, wenn für ihren Arbeitsplatz keine inländischen Arbeitnehmer zu finden sind.

Das Zuwanderungsgesetz schreibt weiter staatliche Integrationsangebote vor, zu denen Sprachkurse und Einführungen in Recht, Kultur und Geschichte Deutschlands gehören. Es ist gut, dass diese Maßnahmen auch von bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten in Anspruch genommen werden können. Negativ zu beurteilen sind aber die Pläne, die Neuzugewanderten zur Teilnahme an den Kursen zu verpflichten und an den entstehenden Kosten zu beteiligen.

Uns ist es wichtig, dass auf kommunaler Ebene institutionelle Strukturen geschaffen bzw. weiter ausgebaut werden. Es sind geeignete Maßnahmen zu treffen, die die Bedürfnisse der hier lebenden Migrantinnen und Migranten sowie deren in Deutschland geborenen Nachkommen im Hinblick auf die Wahrung der kulturellen Identität angemessen berücksichtigen.

Das bedeutet z.B., Altenheime um interkulturelle Angebote zu erweitern oder verstärkt berufliche Fördermaßnahmen zu initiieren, die speziell die beruflichen Chancen von Migrantinnen und Migranten erhöhen.

Die KAV appelliert eindringlich an alle Parteien und Politiker gleich welcher Fraktion, das Thema Zuwanderung nicht zu einem "schmutzigen Wahlkampfthema" zu missbrauchen.

Presseerklärung vom 27.06.2002

Neubesetzung der Stelle des Geschäftsführers der KAV

Die Frage der Neubesetzung der Stelle des KAV-Geschäftsführers hat in den letzten vier Monaten zu steigenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der KAV und dem Dezernenten für Integration, Herrn Stadtrat Dr. Magen geführt.

Das Auswahlverfahren sowie die jetzt vorliegende Entscheidung sind bereits mehrfach von der KAV in Plenar- und Präsidiumssitzungen sowie in Pressemitteilungen kritisiert und abgelehnt worden. Eine Aufzählung der Details und Gesprächstermine würde hier zu weit führen. Die Enttäuschung über verpasste Chancen der Kommunikation und des Ausgleichs in dieser Sache stand aber vielen KAV-Mitgliedern gestern auf der ausserordentlichen Plenarsitzung am 27.6.02 deutlich ins Gesicht geschrieben.

Im Beisein von Herrn Stadtrat Dr. Albrecht Magen haben viele KAV-Mitglieder auf der Sitzung ihrem Ärger Luft gemacht und gegen die kompromisslose Entscheidung des Dezernenten für Integration protestiert. Uns allen ist klar, dass die KAV juristisch in dieser Angelegenheit am kürzeren Hebel sitzt. Trotzdem ist es eine Tatsache, dass ab Montag, dem 1.7.02 ein Geschäftsführer seine Arbeit in der Geschäftsstelle aufnimmt, der nicht von der KAV, sondern allein durch die Entscheidung von Herrn Stadtrat Dr. Magen in sein Amt eingesetzt wurde.

Auf der gestrigen Plenarsitzung sind folgende Massnahmen bzw. Entscheidungen in dieser Angelegenheit getroffen worden:

1. Ein Antrag wurde gestellt, den Dezernenten für Integration zum Rücktritt aufzufordern. Dieser Antrag wurde mit einer Gegenstimme abgelehnt.
2. Ein mündlicher Antrag wurde eingebracht, den neuen Geschäftsführer, Herrn Thomas Usleber, aufzufordern, die neue Position nicht anzutreten. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit der KAV-Mitglieder angenommen.
3. Ein weiterer Antrag wurde gestellt, bei der die KAV bei zukünftigen Personalentscheidungen über den Geschäftsführer die Stellenausschreibung sowie die Vorauswahl treffen solle. Dann erst sollten die städtischen Gremien in die Auswahl der Bewerber einbezogen werden.

Wir bedauern den unglücklichen Verlauf dieser Personaldebatte, die letztlich die fehlende politische Mitsprache ausländischer Bürger in Frankfurt deutlich macht, als deren Vertreter die KAV-Mitglieder gewählt wurden.

Wir bedauern ebenfalls, dass nicht alle mit dieser Angelegenheit betrauten Entscheidungsträger daran interessiert waren, die Geschäftsstellenleitung einvernehmlich mit der KAV zu besetzen. Dieser aus unserer Sicht fehlerhafte Vorgang war sicherlich nicht im Sinne einer voranschreitenden Integration in Frankfurt und hat die bisher sehr gute Vertrauensbasis zwischen der KAV und dem zuständigen Dezernat für Integration unnötig belastet.

Die KAV appelliert daher an alle politisch Verantwortlichen in Frankfurt, in Zukunft eine solche Situation zu vermeiden und wirklich auf Ausgleich zu setzen. Jedem politischen Gremium muss das Recht eingeräumt werden, Personalentscheidungen der eigenen Geschäftsstelle vorbehaltlos selbst treffen zu dürfen.

Pressemitteilung vom 19.08.2002:

Keine finanziellen Mittel zur Ausführung des Zuwanderungsgesetzes

Wenn Oberbürgermeisterin Petra Roth keine finanziellen Mittel zur Ausführung des Zuwanderungsgesetzes bereit stellen möchte, so ist das keine Frage des Haushaltes, sondern der Politik.

Die Kommunale Ausländerinnen- und Ausländervertretung (KAV) verurteilt aufs Schärfste, dass das Zuwanderungsgesetz als billige Wahlpropaganda mißbraucht wird.

In auffallender Regelmäßigkeit nutzt die CDU das Thema "Ausländer" im Vorfeld zu Wahlen, um Stimmen zu gewinnen. Was Roland Koch bei der Landtagswahl in Hessen zugute kam, soll nun wohl auch bei der Bundestagswahl für die Christdemokraten in Frankfurt am Main einen Stimmenzuwachs bringen.

Doch mit den Stimmen wird auch Stimmung gemacht. Und zwar gegen die ausländische Bevölkerung.

Die KAV kann zwar nachvollziehen, dass die Kommunen finanziell sehr angeschlagen sind, aber sie muß feststellen, daß für Prestige-Sportveranstaltungen im Vorfeld zur Olympia-Bewerbung anscheinend genügend Geld vorhanden ist! Und da fällt es schwer, zu glauben, dass für die Belange von Ausländern nun kein Euro mehr zur Verfügung stehen soll.

Wer den olympischen Gedanken der Völkerverbindung nur auf den sportlichen Aspekt bezieht, kann ihn nicht verstanden haben!

Die KAV wird sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen das Vorhaben der Oberbürgermeisterin wehren.

Pressemitteilung vom 12.09.2002:

Sind die Ausländer die "üblichen Verdächtigen"?

"Verhaften Sie die üblichen Verdächtigen!" hieß es früher auf der Kino-Leinwand. Heutzutage sollen die üblichen Verdächtigen aus dem Lande gewiesen werden – jedenfalls wenn es nach den Worten von Edmund Stoiber gehen soll! Obwohl der Kanzlerkandidat wie jeder andere Rechtskundige selbstverständlich weiß, dass der Rechtsstaat so etwas gar nicht zulässt, kann er eine solche Äußerung nicht unterlassen. Da fragt man sich nach der wahren Absicht und kommt schnell dahinter: Stoiber will wieder einmal deutlich machen, für welche Art Ausländerpolitik er steht: "Verstärkte Zuwanderung würde den inneren Frieden gefährden und radikalen Kräften Vorschub leisten" heißt es im Regierungsprogramm der CDU/CSU, so als ob mehr Ausländer auch mehr Gefahren und mehr Unsicherheit bringen.

Wer so etwas äußert und auch noch im Wahlprogramm verankert, muss sich nicht nur Stimmenfang aus der rechten Ecke, sondern noch mehr, nämlich destruktive Meinungsmache vorwerfen lassen. Die tatsächliche Gefahr geht vielmehr von Aussagen wie dieser aus, denn kommt sie in die falschen Ohren und auf den falschen, aber stets bereiten Nährboden, dann kann sie wieder jene Übergriffe auslösen, die wir alle nicht mehr erleben wollen.

Die KAV verurteilt die Aussage von Edmund Stoiber inhaltlich als eine Aushebelung des rechtsstaatlichen Prinzips und dem Grunde nach als kurzsichtige Meinungsmache, die hoffentlich ohne Folgen bleiben wird.

Während Stoiber auf diesen kleinen Teil, der für ihn "verdächtig" ist, zeigt, sehen viele eine ganze Bevölkerungsgruppe, die Nicht-Deutschen, die Eingebürgerten und all jene, die fremd aussehen und die in weitaus überwiegender Mehrheit alle ihren Teil dazu beitragen, den Frieden in der Bundesrepublik zu erhalten und zu vertiefen.

Pressemitteilung vom 19.09.2002

KAV fordert die Wähler auf, Kandidaten zu wählen, die sich für die Interessen der Migranten einsetzen

Wenn Bürgerinnen und Bürger am 22. September aufgerufen sind, den Deutschen Bundestag zu wählen, dann gilt der Ruf nicht allen Bewohnern des Landes. Einwohnerinnen und Einwohner ohne deutschen Paß besitzen kein Wahlrecht. Zumindest auf kommunaler Ebene fordert die KAV dieses wesentlichste Recht für alle Menschen, die hier leben und die gleichen Pflichten haben.

Deshalb rufen wir alle Bürgerinnen und Bürger, die wahlberechtigt sind, auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, mit dem Ziel, die Interessen der Migrantinnen und Migranten zu unterstützen. Wir sollten auch dazu beitragen, dass bei den bevorstehenden Wahlen Rechtsradikale am Einzug in den Bundestag gehindert werden.

Die KAV wird sich über die Wahlen hinaus unermüdlich für die Gleichberechtigung aller Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Wir möchten deutlich machen, dass Gleichberechtigung die beste Voraussetzung für Integration bildet.

Pressemitteilung vom 27.11.2002

Festakt zum 11jährigen Bestehen der KAV

Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung begeht den Jahrestag ihres 11jährigen Bestehens am 30. November 2002 um 18 Uhr mit einem Festakt im Ratskeller des Römers.

Die Feier findet auch als Nachtrag zum Zehnten Jahrestag statt, denn dieser konnte im letzten Jahr wegen der KAV-Wahl nicht begangen werden.

Festredner wird der frühere Stadtrat Daniel Cohn-Bendit sein, der auch der erste Dezernent der KAV war.

Zu der Feierlichkeit wurden alle ausländischen Vereine der Stadt, die politischen Parteien, die Dezernenten, die früheren KAV-Mitglieder, sowie viele Personen, mit denen die KAV in ihren 11 Jahren zusammen gearbeitet hat, eingeladen.



Chronologie

1. Anfragen der KAV

Nr.	Text	KAV-Sitzung am	Antrag von	Antwort
KA 01	Wo werden die Speisevorschriften beachtet?	06.05.2002	EU	23.07.2002
KA 02	Muttersprachlicher Unterricht an Hessischen Schulen	26.06.2002	BIRLIK	18.09.2002
KA 03	Situation der islamisch orientierten Vereine	26.06.2002	BIRLIK / GfbZ	16.09.2002
KA 04	Ausländische Schüler an Frankfurter Sonderschulen	26.06.2002	BIRLIK / GfbZ	12.09.2002
KA 05	Rasterfahndung	21.10.2002	LIS	14.01.2003
KA 06	Situation islamisch orientierter Vereine (Erneute Anfrage)	25.11.2002	Präsidium	19.02.2003
KA 07	Eine Stadtverwaltung für und mit Migranten	25.11.2002	Präsidium	25.02.2003
KA 08	Ausländische Schüler an Frankfurter Sonderschulen	25.11.2002	Präsidium	27.01.2003
KA 09	Vorbereitung ausländischer Kinder auf die Einschulung	25.11.2002	Präsidium	03.02.2003
KA 10	Das neue Einschulungsverfahren in Hessen	25.11.2002	WIF	11.02.2003
KA 11	Ausländische Kinder an Frankfurter Sonderschulen	25.11.2002	WIF	27.01.2003

2. Anregungen der KAV

Nr.	Text	KAV-Sitzung am	Antrag von	Beschluß der StVV
K 01	Höherbewertung der Stelle des Geschäftsführers der KAV	04.03.2002	Präsidium	Prüfung und Bericht
K 02	DV-Ausstattung für die KAV	04.03.2002	WIF	Antrag zurückgez.
K 03	Kein Nazi-Aufmarsch in Frankfurt	04.03.2002	LSD	Zustimmung
K 04	Grün-Fläche in der Stephanstraße	04.03.2002	IT	Prüfung und Bericht
K 05	2. Gesetz zur Qualitätssicherung an Hessischen Schulen muss rückgängig gemacht werden	08.04.2002	GfbZ	Zustimmung
K 06	Wer wird das erste Opfer der Gontardstrasse?	08.04.2002	LIS	Prüfung und Bericht
K 07	Die Wartezeiten beim Ordnungsamt müssen verkürzt werden	06.05.2002	EU	Zustimmung
K 08	Hinweisschilder in Bezug auf Entwendung der Einkaufswagen	06.05.2002	IFL	An Verwaltung (Bericht)
K 09	Befreiung von der Rentenversicherungspflicht für freiberufliche Lehrkräfte	06.05.2002	IT	Prüfung und Bericht
K 10	Besetzung der Stelle des Leiters der KAV-Geschäftsstelle	26.06.2002	Parrondo	An Verwaltung (Bericht)
K 11	Teilnahme der Selbsthilfegruppe Dona Carmen an dem "Runden Tisch"	09.09.2002	ILF	Ablehnung
K 12	Antidiskriminierungssatzung	21.10.2002	Präsidium	Zustimmung
K 13	Keine Einstellung der muttersprachlichen Sendungen bei der ARD	21.10.2002	LIS	Zustimmung
K 14	"Haus der Kulturen" in der Kaiserstraße	25.11.2002	Präsidium	Prüfung und Bericht
K 15	Keine Schließung des Bürgeramtes Bockenheim	25.11.2002	Präsidium	Zurückgestellt

Alle Anregungen im Volltext:

K 01 vom 04.03.2002

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Höherbewertung der Stelle "Leitung der Geschäftsstelle der KAV" Stellenplan 2002, HHST 4140, UA 0541 von VergGr. IVa/III BAT auf VergGr. III/II BAT

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 4. ordentlichen öffentlichen KAV-Plenarsitzung am 04.03.2002 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die neu zu besetzende Stelle der "Leitung der Geschäftsstelle der KAV" von VergGr.IVa/III BAT auf VergGr.III/II BAT anzuheben und die Anpassung der Stellenbeschreibung vorzunehmen.

Der Magistrat wird aufgefordert, die erforderlichen Mittel im Haushaltsetat bereitzustellen und die Stelle extern und intern neu auszuschreiben.

Begründung:

Die neu zu besetzende Stelle "Leitung der Geschäftsstelle der KAV" wurde nach der Pensionierung des letzten Stelleninhabers intern und extern ausgeschrieben. Aus der Sicht des Präsidiums der KAV kommt von den bisher eingegangenen Bewerbungen bzw. durchgeführten Bewerbungsgesprächen kein Bewerber für die Neubesetzung der Stelle in Betracht. Die vorliegenden Bewerbungen weisen nicht die für die Tätigkeit erforderlichen und notwendigen Qualifikationen aus. Offensichtlich besteht ein Zusammenhang zwischen der nicht ausreichenden Qualifikation des Bewerberkreises mit der zu geringen Vergütung der Stelle.

Das Aufgabengebiet des Geschäftsstellenleiters beinhaltet im Gegensatz zu ihrer jetzigen Eingruppierung nicht ausschließlich Verwaltungsaufgaben sondern schließt eine Vielzahl von Anforderungen und Tätigkeiten ein, die an einen wissenschaftlichen Mitarbeiter gestellt werden. Hierzu zählen Vorbereitung und Durchführung von Fachtagungen, Anhörungen und Veröffentlichungen, die redaktionelle Mitwirkung an Presseerklärungen der KAV und dgl. mehr.

Eine vergleichende Gegenüberstellung der Stellendotierungen beim Amt für multikulturelle Angelegenheiten oder auch bei der Volkshochschule bestätigt, dass die Stelle des Geschäftsführers der KAV für die ihm übertragenen vielseitigen und verantwortungsvollen Aufgaben zu niedrig dotiert ist. Das Präsidium der KAV hält eine Höhergruppierung sowie die entsprechende Anpassung der Stellenbeschreibung und die erneute interne und externe Ausschreibung für unabdingbar.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

K 02 vom 04.03.2002

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Jedem Mitglied der KAV für die politische Arbeit
eine DV-Ausstattung zur Verfügung zu stellen

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 4. ordentlichen öffentlichen KAV-Plenarsitzung am 04.03.2002 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Dass jedem KAV-Mitglied für die politische Arbeit eine DV-Ausstattung zur Verfügung gestellt wird.

Begründung:

Der KAV, die die Interessen der ausländischen Bürger von Frankfurt vertritt, das sind ein Drittel aller Frankfurter Bürger, sollte für die politische Arbeit eine angemessene DV-Ausstattung zur Verfügung gestellt werden, damit ihre Vertreter in der Lage sind, ihre politische Arbeit besser wahrzunehmen. Eine DV-Ausstattung für die KAV-Mitglieder, die Ortsbeiräte und die Stadtverordneten ist für die effektive politische Tätigkeit unentbehrlich.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

K 03 vom 04.03.2002

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Kein Nazi-Aufmarsch in unserer Stadt Frankfurt am Main

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 4. ordentlichen öffentlichen KAV-Plenarsitzung am 04.03.2002 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Auf den Magistrat dahingehend einzuwirken, dass der für den 1. Mai 2002 angekündigte Aufmarsch der Nazis verboten wird.

Begründung:

Für den 1. Mai 2002 haben die Neonazis wieder einen Aufmarsch in Frankfurt angekündigt. Dies stellt für die Migranten eine ernsthafte Bedrohung dar. Nicht erst seit den Ereignissen des letzten Jahres ist die KAV gegen einen solchen Aufmarsch. Wir setzen uns für eine friedliche, tolerante und multikulturelle Stadt Frankfurt ein und sind uns darin der Unterstützung durch die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt sicher. Neonazis, Rassisten und Antisemiten haben in unserer weltoffenen Stadt nichts zu suchen.

Wir fordern deswegen die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat auf, ihren Einfluss auf die zuständigen Behörden geltend zu machen, um den Marsch zu verbieten und alle juristisch zur Verfügung stehenden Mittel zur Verhinderung der Nazikundgebung auszuschöpfen. Es muss sichergestellt werden, dass kommunale Einrichtungen sowie öffentliche Verkehrsmittel nicht missbraucht werden können.

Allen Einwohnern von Frankfurt sollte die Gewissheit vermittelt werden, dass Aktivitäten von Rassisten und Ausländerfeinden in Frankfurt nichts zu suchen haben.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

K 04 vom 04.03.2002

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Grünfläche in der Stephanstrasse

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 4. ordentlichen öffentlichen KAV-Plenarsitzung am 04.03.2002 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen und den Magistrat auffordern:

die Grünfläche in der Stephanstrasse zu umzäunen, damit diese nicht mehr als Hunde und Mensentoilette benutzt werden kann.

Es müssen Verbotsschilder mit entsprechenden Hinweisen aufgestellt werden.

Es sollen Automaten für Hundekottücher zur Verfügung gestellt werden.

Es sind Hundetoiletten einzurichten.

Öffentliche Toiletten sollten aufgestellt werden.

Bei Nichtbeachtung der Hinweise sollte ein Bußgeld erhoben werden.

Begründung:

Die o. g. Grünfläche ist ein Schandfleck für die Stadt Frankfurt am Main. Anwohner und Erholungssuchende führen Klage darüber, dass man die Grünfläche zum Verweilen nicht benutzen kann, weil sie verschmutzt und verkommen ist. So werden zum Beispiel Hunde dort ausgeführt, damit sie ihr Geschäft verrichten. Drogenabhängige und Obdachlose verbringen dort ihre Zeit und verrichten öffentlich ihre Notdurft ohne jegliches Schamgefühl. Häufig kann man dort Spritzen und andere Utensilien finden. In unmittelbarer Nähe befindet sich eine Schule und ein Kindergarten, und viele Eltern haben Angst um ihre Kinder. Sie bemängeln, dass von Seiten der Stadt nicht das Nötige getan wird, um diesen Zustand zu ändern.

Wir fordern deswegen die Verantwortlichen auf, sich diese Grünfläche anzusehen, und alles zu unternehmen, dass die Grünfläche für jeden Bürger wieder attraktiv wird.

gez. Sitki

Vorsitzender der KAV

K 05 vom 08.04.2002

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

2. Gesetz zur Qualitätssicherung an Hessischen Schulen muss rückgängig gemacht werden.

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 5. ordentlichen öffentlichen KAV-Plenarsitzung am 08.04.2002 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge die Landesregierung auffordern, das vor wenigen Wochen verabschiedete 2. Gesetz zur Qualitätssicherung an Hessischen Schulen, das in einigen Punkten die Kinder ausländischer Herkunft benachteiligt und ungleich behandelt, rückgängig zu machen.

Die KAV fordert:

1. Die "Zweisprachigkeit" muss beibehalten und gefördert werden.
2. Die Beibehaltung der pädagogischen Einheit von Klasse 1 und 2.
3. Den Erhalt von Gesamtschulen und Förderstufen sowie deren Erweiterung.
4. Eine bessere schulische Förderung für Kinder aus sozial benachteiligten Familien, insbesondere für Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse.
5. Eine Kindergartenplatzgarantie für alle Kinder ab dem 3. Lebensjahr.

Begründung:

Die Streichung der "Zweisprachigkeit" aus dem Hessischen Schulgesetz empfinden wir als eine Diskriminierung der Menschen, die auch ihre Herkunftssprache beibehalten wollen. Viele wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die Förderung der Zweisprachigkeit für die Kinder ausländischer Herkunft von großem Vorteil ist und unbedingt beibehalten werden muss. Kinder, die zweisprachig aufwachsen, sind ausgeglichener und erfolgreicher. Das geringe Prestige der Muttersprache verstärkt bei den Kindern und Jugendlichen das Gefühl, zwischen zwei Kulturen zu stehen. Dadurch wird auch die Persönlichkeitsentwicklung und die schulische Leistung stark negativ beeinflusst.

Eine derart falsche Politik darf nicht auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausgetragen werden. Die Initiative des Kultusministeriums bedeutet nichts anderes als die Aussonderung der Kinder, die aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse von der Einschulung zurückgestellt werden sollen.

Die Abschaffung der pädagogischen Einheit der Klassen 1 und 2 wird verheerende Auswirkungen für unsere Kinder haben. Diese Gesetzesänderung trifft vor allem die Kinder aus sozial benachteiligten Familien. Sie werden diskriminiert, weil man die familiären Hintergründe außer Acht lässt und auch keine ausreichenden Fördermaßnahmen anbietet.

Die Schule hat nach dem Hessischen Schulgesetz einen Bildungs- und Erziehungsauftrag zu erfüllen und soll entsprechende Bildungsinhalte und Werte vermitteln. Sie muss an den individuellen Voraussetzungen der Kinder anknüpfen. Aufgabe kann nicht nur sein, die Defizite festzustellen. Diese müssen vielmehr aufgearbeitet und durch umfangreiche Fördermöglichkeiten behoben werden.

Wir fordern, die Rechte von Kindern ausländischer Herkunft auf Bildung zu wahren und ihre Zurückstellung wegen mangelnder Deutschkenntnisse bereits zu Schulbeginn zurückzunehmen.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

K 06 vom 08.04.2002

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Wer wird das erste Opfer der Gontardstrasse?

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 5. ordentlichen öffentlichen KAV-Plenarsitzung am 08.04.2002 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge den Magistrat beauftragen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und

1. Eine sofortige, auch provisorische Lösung zu finden, um den sicheren Schulweg für die 550 Schüler der französischen Schule zu gewährleisten (175 Kinder sind zwischen 3 und 7 Jahre alt).

2. Stadtübliche Bürgersteige anzulegen und Straßenbeleuchtung im gesamten Umfeld der Schule einzurichten.
3. Den offiziellen Schulweg durch die Gontardstrasse zu gewährleisten und die Bahnstrecke zu sichern.
4. Die geeignete Verkehrsinfrastruktur herstellen, insbesondere die dringend benötigten Parkplätze zu bauen.

Begründung:

Im September 2000 wurde die französische Schule Victor Hugo eröffnet. Täglich wird sie von 550 Schülern und Kindergartenkindern besucht, die aus ganz Frankfurt und dem Umland kommen. Da das Einzugsgebiet der Schule groß ist, muss der überwiegende Teil der Kinder von ihren Eltern gefahren werden. Leider weist die Verkehrsinfrastruktur im Umfeld der Schule große Lücken auf: Fehlende Bürgersteige und Straßenbeleuchtung, keine Wendemöglichkeit auf der als Sackgasse endenden Gontardstrasse, die in beiden Fahrtrichtungen aber genutzt werden muss. Für Fußgänger und Radfahrer ist die Verkehrssituation in der Gontardstrasse sehr gefährlich. Es ist ein Wunder, dass bis jetzt noch kein Unfall geschehen ist.

Im Januar 2002 wurde die Reifenbergerstr. gesperrt. Die Gontardstr. ist infolgedessen eine Sackgasse geworden, die einerseits zum Parken und andererseits als An- und Abfahrtsstrasse zur Schule dient. Eltern können zum Wenden nur den dafür nicht ausgelegten Parkplatz vor der Grundschule benutzen oder am Ende der Gontardstr. in unzumutbarer Weise wenden. Dies führt zu großen Staus. Am gefährlichsten wird es dann für die Kinder, die die S-Bahn frequentieren und sich ihren Weg zwischen den parkenden Autos suchen. Bei einem Notfall bestünde für Rettungsfahrzeuge oder für die Feuerwehr kein Durchkommen.

Seit Eröffnung der Schule haben die Schulleitung, Gebäudeverwaltung, das Französische Konsulat und die U.P.E.A. (Union des Parents d' Élèves et des Amis du Lycée = Vereinigung der Eltern und Freunde der französischen Schule) mehrmals die zuständigen Behörden auf diese gefährlichen Schulwegbedingungen hingewiesen. Leider hat sich bis jetzt an der Verkehrssituation nichts geändert.

Eltern und Verantwortliche wollen diesen Zustand nicht länger akzeptieren, der mit einem täglichen Unfallrisiko ihrer Kinder einhergeht. Die Frage, wer wird das erste Opfer der Gontardstr. möchten sie sich nicht länger stellen.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

K 07 vom 06.05.2002

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

1. Die Wartezeiten beim Ordnungsamt müssen verkürzt werden
2. Das Ordnungsamt sollte auch donnerstags länger geöffnet sein

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 6. ordentlichen öffentlichen KAV-Plenarsitzung am 06.05.2002 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge den Magistrat beauftragen, dass die Wartezeiten beim Ordnungsamt verkürzt werden und donnerstags längere Öffnungszeiten eingerichtet werden.

Begründung:

Die Wartezeiten beim Ordnungsamt betragen in der Regel zwei bis drei Stunden (beim Bürger-Amt ca. 20 Min.) Das vorhandene Personal ist durch den großen Publikumsandrang erheblich überbelastet, so dass es die Anliegen der Ratsuchenden nicht in einer angemessenen Zeit bearbeiten kann. Hinzu kommen noch räumliche Probleme, die ebenfalls dazu beitragen, dass die Wartezeiten sich zusätzlich verlängern. Dies ist für alle Beteiligten ein unzumutbarer Zustand. Mit der Einstellung von mehr Personal und der Bereitstellung von weiteren Räumen ließen sich diese Probleme beheben.

In Ämtern mit hohem Publikumsaufkommen wurden bereits am Donnerstagnachmittag Service-Dienstzeiten eingerichtet. Das Ordnungsamt mit seinem besonders hohen Besucherandrang bietet diesen Service bisher nicht an. Viele Arbeitnehmer können ihre Termine beim Ordnungsamt dadurch nur während ihrer Arbeitszeit wahrnehmen, wobei unnötige Differenzen mit dem Arbeitgeber ausgelöst werden. Die Einführung eines erweiterten Serviceangebotes beim Ordnungsamt am Donnerstagnachmittag würde den Bedürfnissen der werktätigen Bevölkerung sehr entgegenkommen.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

K 08 vom 06.05.2002

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Hinweisschilder in Bezug auf Entwendung der Einkaufswagen

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 6. ordentlichen öffentlichen KAV-Plenarsitzung am 06.05.2002 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge den Magistrat beauftragen, dafür Sorge zu tragen, durch seinen Einfluss die Handelskette ALDI GmbH dazu zu bewegen, die an mindestens zwei Verkaufsfilialen in der Stadt angebrachten Hinweisschilder in türkischer Sprache wegen Entwendung von Einkaufswagen entweder gänzlich abzuschaffen, oder durch nationalitätsneutral verfasste Schilder ersetzt werden.

Begründung:

Mit den Hinweisschildern warnt die Handelskette vor Entfernen der Einkaufswagen aus ihrem Betriebsgelände. Der Hinweis erfolgt in deutscher Sprache mit einziger Übersetzung ins Türkische.

Ein Hinweis mit einer Übersetzung ausschließlich in türkischer Sprache kann lediglich suggerieren, dass entweder die "Tätergruppe des Einkaufswagen-diebstahls" in der Bevölkerungsgruppe türkischer Herkunft ausgemacht wird, oder aber - wenn man den Hinweis positiver interpretieren wollte - dass diese Gruppe mangels Sprachkenntnissen besonders auf eine Übersetzung angewiesen ist.

Beide Suggestionen sind nicht nur falsch, sondern in höchstem Maße vorurteilsbeladen und für ein friedliches Zusammenleben aller Nationalitäten in Frankfurt unerträglich. Eine Handelskette, die durch den Vorzug, in Frankfurt ihre Filialen betreiben zu können einen nicht unerheblichen Profit erwirtschaftet, darf dem – gewollt oder ungewollt – nicht verfallen, jene Vorurteile zu schüren, die durch rechtsextremistische Kreise ins Feld geführt werden: Die Frankfurter/-innen türkischer Herkunft als eine kriminelle oder aber als nicht integrierte Bevölkerungsgruppe hinzustellen.

gez. Sitki

Vorsitzender der KAV

K 09 vom 06.05.2002

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Befreiung von der Rentenversicherungspflicht für freiberufliche Lehrkräfte

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 6. ordentlichen öffentlichen KAV-Plenarsitzung am 06.05.2002 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet: Die Stadtverordnetenversammlung soll sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Landesregierung, Städtetag einsetzen für

- die Befreiung von der Rentenversicherung und das Recht auf eine eigenverantwortliche Alterssicherung für freiberufliche Lehrkräfte.
- die Annullierung der Nachzahlungsforderung durch die BfA und die Rückzahlung aller bisher geleisteten Nachzahlungen.
- eine gesetzliche Neuregelung der Altersvorsorge für freiberuflich Lehrende; damit sollte auch die Möglichkeit geschaffen werden, ein berufsständisches Versorgungswerk einzurichten.
- eine regelmäßige Anpassung der Honorare an die marktüblichen Standards anderer freiberuflicher Tätigkeiten auf akademischer Grundlage.

Begründung:

Die Befreiung von der Rentenversicherungspflicht lässt sich damit begründen, dass hier das Solidarprinzip nicht gegeben ist, da der Auftraggeber von der Beitragspflicht befreit ist und somit freiberuflich Lehrende einseitig und unverhältnismäßig mit dem vollen Satz von 19,1 % belastet werden. Gleichzeitig tragen die freiberuflichen Lehrkräfte das ganze Risiko wie Selbständige.

Aufgrund unzureichender Aufklärung und teilweise sogar falscher Beratung durch die BfA sind Nachzahlungsforderungen bis zu 25.000 _ für die letzten 4 Jahre nicht akzeptabel und stellen für die Betroffenen eine echte Existenzbedrohung dar.

Die Folgen dieser erhöhten Belastung durch die Rentenversicherungspflicht von freiberuflich Lehrenden sind bereits jetzt als verheerend zu bezeichnen: Bildungsträgern wie z. B. den Volkshochschulen gehen immer mehr hochqualifizierte und erfahrene Lehrkräfte verloren.

Große Firmen haben Schwierigkeiten, ihre Mitarbeiter auf die Herausforderung

der Globalisierung mit adäquaten Bildungsmaßnahmen vorzubereiten, da ihnen die Trainer fehlen. Davon ist insbesondere der Sprachunterricht betroffen. Als aktuelles Beispiel sei auf den Verlust von englischsprachigen Lehrkräften hingewiesen, die in andere Länder mit besseren Konditionen abwandern. Darüber hinaus ist die Integration von ausländischen Mitbürgern akut gefährdet- eine wesentliche Herausforderung, vor die sich die Gesellschaft nicht zuletzt durch das Zuwanderungsgesetz gestellt sieht.

Ein hochindustrialisiertes und exportabhängiges Land wie die Bundesrepublik Deutschland bedarf dringend einer modernen und adäquaten Weiterbildung. Um diese zu gewährleisten, muss die Alterssicherung für freiberuflich Lehrende – die tragende Säule der beruflichen Qualifizierung und sozialen Integration – neu geregelt werden.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

K 10 vom 26.06.2002

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Besetzung der Stelle des Leiters der KAV-Geschäftsstelle

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 8. außerordentlichen KAV-Plenarsitzung am 26.06.2002 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der KAV das Recht zugesprochen wird, zukünftig bei der Besetzung der Stelle des Leiters der Geschäftsstelle die Vorauswahl der Bewerber in eigener parlamentarischer Verantwortung treffen zu dürfen. Erst danach sind die mit Stellenbesetzung befassten Gremien der Stadt Frankfurt am Main (Personalrat, Frauenbeauftragte, Fachdezernat) in die Entscheidung des Bewerbungsverfahrens mit einzu-beziehen.

Begründung:

Bisher ist es üblich, dass die Stelle des "Leiters der KAV-Geschäftsstelle" von der Vorauswahl über die Vorstellungsgespräche bis hin zur tatsächlichen Entscheidung vom Magistrat der Stadt Frankfurt (Verwaltungsentscheidung) bzw. vom zuständigen Dezernenten für Integration besetzt wird.

Die KAV legt großen Wert darauf, als eigenständiges politisches Gremium den Leiter der eigenen Geschäftsstelle hauptsächlich mit auswählen zu können. Damit soll sichergestellt werden, dass ein Geschäftsführer das volle Vertrauen des Plenums genießt. Die gute Zusammenarbeit zwischen Geschäftsstellenleiter und den KAV-Mitgliedern ist eine Grundvoraussetzung für einen effektiven und reibungslosen Arbeitsablauf.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

K 11 vom 09.09.2002

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Teilnahme der Selbsthilfegruppe Dona Carmen an dem "Runden Tisch"

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 10. ordentlichen KAV-Plenarsitzung am 09.09.2002 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Selbsthilfegruppe Dona Carmen, die Teilnahme an dem Runden Tisch: "Illegale Prostitution" wieder gestattet wird.

Begründung:

Die KAV unterstützt den Antrag des Ortsbeirats 1 (OA 886) und fordert, dass die Selbsthilfegruppe Dona Carmen wieder an dem Runden Tisch "Illegale Prostitution" teilnehmen kann.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

K 12 vom 21.10.2002

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Antidiskriminierungssatzung

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 11. ordentlichen KAV-Plenarsitzung am 21.10.2002 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, Folgendes zu beschließen:
Die bereits vor Jahren begonnene Arbeit an einer Antidiskriminierungssatzung wird wieder aufgenommen, mit dem Ziel, diese bis Ende März 2003 zu beschließen.

Begründung:

Der Entwurf einer Antidiskriminierungsrichtlinie wurde bereits am 20. Februar 1997 der Magistratskommission für Gleichberechtigung und Integration vorgelegt und schließlich auch in dieser Kommission mehrheitlich beschlossen. Im Juni 2000 ist es dann zum Stillstand gekommen, weil einige Fragen nicht geklärt werden konnten.

Der Magistratsbericht B 134 vom 25.01.2002 weist zwar darauf hin, dass inzwischen zwei einschlägige EU-Richtlinien erlassen worden sind, diese entfalten zur Zeit aber noch keine Rechtswirksamkeit und wurden auch bisher nicht in nationales Recht umgesetzt. Die Frage, ob sie überhaupt in nationales Recht umgesetzt werden, ist nach wie vor ungeklärt.

Wir möchten besonders darauf hinweisen, dass die EU-Richtlinien (namentlich die Richtlinie 2000/43/EG und 2000/78/EG) unseres Erachtens die Notwendigkeit einer lokalen Antidiskriminierungsrichtlinie nicht vermindern, sondern im Gegenteil sogar erhöhen!

Ungeachtet der EU-Richtlinien ist es vonnöten, eine direkte Norm zu besitzen, auf die sich Betroffene leichter berufen können und die eine weitaus stärkere Signalwirkung hätte.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

K 13 vom 21.10.2002

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Keine Einstellung der muttersprachlichen Sendungen bei der ARD

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 11. ordentlichen KAV-Plenarsitzung am 21.10.2002 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, den Magistrat aufzufordern, sich bei der ARD dafür einzusetzen, dass die muttersprachlichen Sendungen erhalten bleiben.

Begründung:

Nach unseren Informationen sollen die muttersprachlichen Sendungen bei der ARD eingestellt werden. Wir protestieren gegen die Einstellung dieser Sendungen auf das Heftigste, da wir wissen wie wichtig es ist, dass Migranten in ihren Muttersprachen objektiv informiert werden und auch ein Forum haben, das sich mit ihrem Leben in Deutschland auseinandersetzt. Dafür bietet dieses Programm eine Grundversorgung.

Die Sendungen finden unter den ausländischen Mitbürgern großen Anklang und wir erwarten, dass die ARD auch zukünftig mit diesem Angebot ihren öffentlich rechtlichen Programmauftrag erfüllt.

gez. Sitki

Vorsitzender der KAV

K 14 vom 25.11.2002

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Gemäss Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 12. öffentlichen ordentlichen KAV-Plenarsitzung am 25.11.2002 wird folgender Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet: "Haus der Kulturen"

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, Folgendes zu beschließen: In dem ab 1. Juli 2003 leer stehenden Haus "Kaiserstr. 52" (bisher "English Theater") werden ausländischen kulturtreibenden Vereinen, gegen eine geringe Miete, Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Wir verweisen zunächst auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung § 2178 in seiner 10. Sitzung am 28.02.2002, resultierend auf den Antrag der SPD NR 503 vom 06.02.2002 und der Anregung der KAV K21 vom 06.11.2001. In diesem Beschluss wurde der Magistrat gebeten, zu prüfen und zu berichten, ob, wo und wie in Frankfurt am Main ein "Haus der Kulturen" als Ort der Begegnung für Menschen unterschiedlicher Nationalität, Kultur und Religion geschaffen werden kann.

Durch diesen Beschluss hat die Stadtverordnetenversammlung grundsätzlich den Bedarf eines "Hauses der Kulturen" befürwortet und die Begründungen in der KAV-Anregung und im SPD-Antrag akzeptiert.

Das wahrscheinlich ab 1. Juli 2003 leer stehende Haus "Kaiserstraße 52" könnte viele Voraussetzungen eines "Hauses der Kulturen" erfüllen. So sind wahrscheinlich die Räumlichkeiten sehr für die gewünschten sozialen, kulturellen und sonstigen Veranstaltungen geeignet, aber auch die geographische Lage im Bahnhofsgelände, wo bekanntermaßen nicht nur der Migrantanteil an der Wohnbevölkerung sehr hoch ist, sondern auch viele ausländischen Kultur- und Religionsvereine beheimatet sind, wäre sehr zweckmäßig.

Dadurch, dass die Stadt Frankfurt am Main eine sozial verträgliche Miete für die Räume verlangen könnte, wäre sogar eine Minderung der ansonsten nutzlos verausgabten Kosten möglich.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

K 15 vom 25.11.2002

Vorschlag an die Stadtverordnetenversammlung

Gemäss Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 12. öffentlichen ordentlichen KAV-Plenarsitzung am 25.11.2002 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

Keine Schließung des Bürgeramtes Bockenheim

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Dass das Bürgeramt Bockenheim nicht wie beabsichtigt geschlossen wird.

Begründung:

In den Medien der letzten Tage war zu lesen, dass die Stadt Frankfurt am Main zur Verringerung des Haushaltsdefizits 2003 unter anderem vorhabe, das Bürgeramt Bockenheim zu schließen.

Das Bürgeramt Bockenheim ist zuständig für die Ortsteile Bockenheim, Hausen, Rödelheim und Gallus. In diesem Gebiet sind 35 % der Bevölkerung keine Deutschen. Wie bekannt ist, müssen Ausländer z.B. wegen der Beantragung von Aufenthaltserlaubnissen und der Ausstellung von Aufenthaltsbescheinigungen weitaus häufiger ein Bürgeramt aufsuchen als Deutsche. Die nächstgelegenen Bürgerämter wären nach einer Schließung das schon jetzt ausgelastete Bürgeramt Höchst und das zentrale Bürgeramt auf der Zeil. Nachdem nach und nach schon die früheren Meldestellen z.B. in Oberrad, in Niederrad und in Gallus ersatzlos aufgelöst wurden, würde die Schließung des Bürgeramtes Bockenheim eine weitere Einschränkung der Dienstleistungen an die Bevölkerung und hier besonders die nichtdeutsche Bevölkerung bedeuten. Von einem "Service vor Ort – dort, wo man ihn braucht" wie das Bürgeramt vorgestellt wird, könnte dann keine Rede mehr sein. Außerdem möchten wir darauf hinweisen, dass es unwirtschaftlich wäre, ein Amt, das erst im Jahr 2002 für ca. 90.000 Euro umgebaut und renoviert worden ist, im nächsten Jahr dann wieder zu schließen.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

Alle Anfragen im Volltext:

KA 01 vom 06.05.2002

Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 6. öffentlichen ordentlichen KAV-Plenarsitzung am 06.05.2002 wird der Magistrat gebeten, folgende Anfrage zu beantworten:

In welchen Krankenhäusern der Stadt Frankfurt am Main werden die Speisevorschriften beachtet und Gerichte mit Angaben der Zutaten angeboten?

Stehen ausgewiesene Gebetsräume für die muslimischen Patienten, Besucher und Mitarbeiter der Krankenhäuser zur Verfügung?

Hintergrund:

Erfahrungsberichten zur Folge ist in verschiedenen Frankfurter Krankenhäusern das Speiseangebot nicht auf die religiösen Bedürfnisse von Muslimen abgestimmt. Fehlende Angaben über Zutaten der Speisen, führen zur Ablehnung dieses Angebots und die nicht verzehrten Lebensmittel landen im Müll. Um eine derartige Verschwendung zu vermeiden, ist es anzustreben, eine spezielle Verpflegung für Muslime anzubieten. Mit dieser Maßnahme würde auch verhindert, dass die Angehörigen der Patienten eigene Gerichte mit in das Krankenhaus bringen.

Jeder Muslim ist verpflichtet (auch der kranke Patient, wenn es gesundheitlich möglich ist) fünf mal am Tag zu beten. Das bedeutet, dass für muslimische Patienten, Besucher und Mitarbeiter ein geeigneter und ausgeschilderter Gebetsraum zur Verfügung stehen sollte – eine Maßnahme im Sinne der Toleranz, die auch zur Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas unserer multikulturellen Stadt beiträgt.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

KA 02 vom 26.06.2002

Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

Muttersprachlicher Unterricht an Hessischen Schulen

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 8. öffentlichen außerordentlichen KAV-Plenarsitzung am 26.06.2002 wird der Magistrat gebeten, das Staatliche Schulamt für die Stadt Frankfurt am Main aufzufordern, folgende Fragen zu beantworten:

In den kommenden 5 Jahren werden viele Lehrer, die Muttersprachlichen Unterricht an den Hessischen Schulen erteilen, in den Ruhestand versetzt.

1. Wie viele Lehrkräfte werden davon betroffen sein?
2. Werden diese freiwerdenden Stellen neu besetzt? Oder lässt man den Muttersprachlichen Unterricht durch das Streichen der Stellen schleichend auslaufen?
3. Sollten die freiwerdenden Stellen neu besetzt werden, nach welchen Auswahlkriterien verfährt man? Wer entscheidet über die Neueinstellung oder Neubesetzung? Wird bei dem Auswahlverfahren auch die Bildungsabteilung des jeweiligen Konsulates mit einbezogen?

Begründung:

Es ist erwiesen, dass die Voraussetzung zum Erlernen der deutschen Sprache der richtige Gebrauch der Muttersprache ist. Deshalb ist der Muttersprachliche Unterricht nicht nur ein Gewinn für die in Deutschland lebenden Kinder ausländischer Herkunft, sondern auch allgemein für die deutsche Gesellschaft.

Das Erlernen der Muttersprache beginnt in der Familie. Dadurch wird die Kommunikation mit allen Familienmitgliedern in Deutschland, sowie im Herkunftsland gesichert. Dies bildet die Grundlage für den Muttersprachlichen Unterricht in der Schule. Durch das Erlernen der Muttersprache und die Unterrichtung in der Landeskunde erfahren die Schüler die öffentliche Wertschätzung ihrer kulturellen Herkunft. Das macht sie selbstbewusst. Der Muttersprachliche Unterricht trägt auch dazu bei, dass die Schüler ausländischer Herkunft im Deutschunterricht erfolgreicher und motivierter mitarbeiten.

Die KAV der Stadt Frankfurt am Main bekräftigt deswegen, dass der Muttersprachliche Unterricht erhalten werden muss und appelliert an das Kultusministerium in Wiesbaden, dass die freiwerdenden Stellen ohne Unterbrechung neu besetzt werden müssen.

gez. Sitki

Vorsitzender der KAV

KA 03 vom 26.06.2002

Anfrage an den Magistrat

Die Situation der islamisch orientierten Vereine in Frankfurt a. M.

Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung B308 vom 15.03.2002

Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 8. öffentlichen außerordentlichen KAV-Plenarsitzung am 26.06.2002

Der Magistrat gibt in seinem Bericht B 308 vom 15.03.02 Auskunft über die Situation islamisch orientierter Vereine in Frankfurt a. M. Nach diesem Bericht gibt es 25 islamisch orientierte eingetragene Vereine. Keine dieser Organisationen steht in dem Verdacht, dass sie zu Gewalttätigkeiten aufrufen. Es ist deshalb unser Anliegen, die Position der islamischen Vereine in der Stadt Frankfurt am Main deutlich zu machen und bitten den Magistrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Welchen Stellenwert haben die islamisch orientierten religiösen Vereine innerhalb der Stadt Frankfurt am Main? Welche Bedeutung spielen sie für den inneren Frieden der Stadt?
2. Können diese islamisch orientierten religiösen Vereine eine Brückenfunktion zwischen Stadtverwaltung und religiös eingestellten ausländischen Bürgern, die im allgemeinen als integrationsunwillig gelten, spielen?
3. Was wird innerhalb der Stadt Frankfurt am Main unternommen (gemeint ist nicht nur das AMKA) um den Dialog mit diesen Vereinen zu fördern?
4. Der Magistrat plant für die Zukunft ein "Haus der Kulturen" , von dem die ausländischen Vereine profitieren sollen. In welcher Art und Weise werden die islamisch orientierten religiösen Vereine von dem "Haus der Kulturen" profitieren?

Begründung:

Religion spielt im Leben der hier lebenden Ausländer, die aus islamischen Ländern kommen eine wichtige Rolle. Aus diesem Grund haben sie zahlreiche islamisch orientierte Vereine gegründet. Die Akzeptanz dieser Vereine unter den in Frankfurt lebenden Ausländern spiegelt sich in der Zusammensetzung der KAV wieder. Ein Viertel der KAV-Mitglieder wurde aus den Listen gewählt, die von diesen Vereinen aufgestellt wurden.

Das Ergebnis des Magistratsberichtes M 308 zeigt, dass diese religiösen Vereine, denen über 30 % Ausländer aus 170 Staaten angehören, für den inneren Frieden eine wichtige Rolle spielen. Der Bericht macht aber auch deutlich, dass diese Vereine seitens der Stadtverwaltung stark vernachlässigt werden. Trotz jahrzehntelangem Zusammenleben mit den Muslimen sind bei den deutschen Mitbürgern Desinteresse und Vorurteile zu beobachten, die man in Zusammenarbeit mit den Vereinen gemeinsam abbauen und verringern könnte. Daher ist der Dialog mit den Vereinen besonders zu fördern. Es ist an der Zeit, dass die Stadt Frankfurt am Main über ihren bisherigen Umgang mit den Vereinen Bilanz zieht und für die Zukunft die Beziehung neu ordnet.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

KA 04 vom 26.06.2002 Anfrage an den Magistrat

Ausländische Schüler an Frankfurter Sonderschulen Bericht des Magistrats B 537

Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 8. öffentlichen außerordentlichen KAV-Plenarsitzung am 26.06.2002

Der Magistrat wird gebeten, das Staatliche Schulamt zu bitten, der KAV folgende Fragen zu beantworten:

Der Magistrat gibt in seinem Bericht B 537 vom 17.05.2002 einen kurzen Überblick über die Zahl der ausländischen Schüler, die in Frankfurt Sonderschulen besuchen.

Bei der Analyse der graphischen Darstellung ist eine kontinuierliche Zunahme der Schüler mit türkischer Herkunft an Frankfurter Sonderschulen festzustellen.

1. In dem Magistratsbericht wird die Aussage zurückgewiesen, dass ausländische Kinder wegen mangelnder Sprachkenntnisse leichtfertig an Sonderschulen überwiesen werden. Begründet wird dies damit, dass ein sehr differenziertes Überprüfungsverfahren dies ausschließt. Wenn mangelnde Sprachkenntnisse nicht der Grund dafür sind, was sind dann die wahren Gründe?

2. Was ist unter einem "sehr differenzierten Überprüfungsverfahren" zu verstehen?
3. Werden bei dem Überprüfungsverfahren für die Sonderschulen auch die Eltern der Kinder, sowie die Bildungsabteilungen der jeweiligen Diplomatischen Vertretung mit einbezogen?
4. Wie erklärt man sich, dass die Anzahl der türkischen Schüler an Frankfurter Sonderschulen besonders hoch ist?
5. Welche schulischen Fördermaßnahmen gibt es und welche weiteren sind geplant, um Kinder an den Regelschulen entsprechend zu fördern, damit der Anteil der ausländischen Schüler an Frankfurter Sonderschulen sinkt und den gleichen Stand erreicht wie deutsche Schüler.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

KA 05 vom 21.10.2002

Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

Rasterfahndung

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 11. Öffentlichen ordentlichen KAV-Plenarsitzung am 21.10. 2002 wird der Magistrat gebeten, folgende Anfrage zu beantworten:

Nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 in New York wurden auch in der Bundesrepublik Deutschland Rasterfahndungen eingeführt, mit dem Ziel, sogenannte "Schläfer" mit bestimmten sozialen Merkmalen (z.B. Studenten mit moslemischem Glauben) ausfindig zu machen.

1. Wurden solche Rasterfahndungen auch in Frankfurter Universitäten und Hochschulen durchgeführt?
2. Sind ausländische Studenten hierzu befragt worden?

Begründung:

Der Schutz der inländischen wie der ausländischen Bevölkerung in Deutschland ist unbestritten notwendig. Es ist jedoch unser Bestreben, schon bereits bestehenden wie jetzt auch neu auftretenden Vorurteilen gegenüber Menschen bestimmter Nationalität und Glaubensrichtung entgegen zu wirken. Die Fahndung, die auf Personen mit diesen bestimmten Merkmalen gezielt ist, kann solche Vorurteile nähren und aufbauen.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

KA 06 vom 25.11.2002

Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

Die Situation der islamisch orientierten Vereine in Frankfurt am Main

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 12. öffentlichen ordentlichen KAV-Plenarsitzung am 25.11.2002 wird der Magistrat gebeten, folgende Anfrage zu beantworten:

Der Magistrat hat die Anfrage der KAV KA 03 vom 16.07.2002 mit seiner Stellungnahme vom 14.10.2002 nur unzureichend beantwortet.

Wir bitten deshalb den Magistrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welchen Stellenwert haben die islamisch orientierten Vereine innerhalb der Stadt Frankfurt am Main?
2. Welche Bedeutung haben sie nach Ansicht des Magistrats für den inneren Frieden in der Stadt?
3. Können diese Vereine eine Brückenfunktion zwischen der Stadtverwaltung und religiös eingestellten Bürgern spielen?

Begründung:

Gefragt war nicht nach der Bedeutung der islamisch orientierten Vereine für die Gläubigen in der Stadt. Diese Bedeutung ist uns bekannt. Wir fragen nach einer Einschätzung des Magistrats über die Wichtigkeit dieser Vereine für das gesamte soziale Leben in Frankfurt am Main.

Die Stellungnahme geht leider nicht auf die sozialen Angebote dieser Vereine und deren Auswirkungen ein. Darüber hinaus erhoffen wir uns eine Aussage über die Frage, ob die Vereine in ihrer Wichtigkeit genauso wie z.B. ein Sportverein angesehen werden oder wie die Kirchen? Hier ist uns die rechtliche Stellung selbstverständlich bewußt, gemeint ist das Ansehen und die Akzeptanz bei der Stadtverwaltung.

Zur Frage drei war nicht der Dialog zwischen den Vereinen und der Stadtverwaltung gemeint, sondern eine Mittlerfunktion der Vereine zwischen den religiös eingestellten Bürgern und der Stadtverwaltung. Spielen die Vereine diese Mittlerrolle? Ist der Magistrat bestrebt, die Vereine als Mittler zu konsultieren? Wenn ja, in welcher Weise? Wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?

gez. Sitki

Vorsitzender der KAV

KA 07 vom 25.11.2002

Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

Eine Stadtverwaltung für und mit Migranten

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 12. öffentlichen ordentlichen KAV-Plenarsitzung am 25.11.2002 wird der Magistrat gebeten, folgende Anfrage zu beantworten:

In dem Bericht B 863 vom 12.08.2002 werden die Ämter genannt, in denen sich die Zahl der dort beschäftigten nichtdeutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am 31.12.2001 im Vergleich zum 31.12.2000 erhöht haben. Der Bericht beantwortet damit die Anfrage der Fraktion "Die Grünen" exakt. Es wird jedoch keine Aussage darüber getroffen, inwieweit sich in anderen Ämtern diese Zahl verringert hat.

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, welches Dezernat, bzw. welches Amt die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nichtdeutscher Herkunft verringert hat und in welchem Ausmaße.

Der Magistrat wird ferner gebeten, auch zukünftig Veränderungen in den jährlichen Berichten auszuweisen.

Der Magistrat wird ferner gebeten, diese Unterschiede differenziert nach einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Tätigkeiten gemäß den Einteilungen des Beamtenbesoldungsgesetzes, bzw. für Angestellte und Arbeiter analog, auszuweisen.

Begründung:

Der Bericht B 863 weist für 17 Ämter der Stadtverwaltung Frankfurt am Main teils geringfügige, teils stärkere Erhöhungen in den Zahlen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nichtdeutscher Herkunft aus. Wir bezweifeln, dass es im Vergleichszeitraum nicht auch Verminderungen gegeben hat und nehmen an, dass diese lediglich aus dem Grunde nicht angegeben wurden, weil nicht explizit danach gefragt wurde.

Die Zahlen der Erhöhungen sind isoliert betrachtet jedoch nicht aussagekräftig. Ein Gesamtbild ergibt sich erst durch Gegenüberstellung von Zunahmen und Abnahmen.

Ferner ist eine Aufstellung wenig brauchbar, die nicht auf die Wertigkeit der Beschäftigung eingeht. Die Überschrift der Anfrage lautet: "Eine Stadtverwal-

tung für und mit Migrantinnen und Migranten", was nach unserer Meinung jedoch nur erreicht werden kann, wenn diese nicht vermehrt für einfache und mittlere Tätigkeiten eingesetzt werden. Durch eine weitere Differenzierung hinsichtlich der Wertigkeiten kann gesehen werden, ob sich auch hier positive Veränderungen ergeben.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

KA 08 vom 25.11.2002

Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

Ausländische Kinder an Frankfurter Sonderschulen

Gemäss Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 12. ordentlichen KAV-Plenarsitzung am 25.11.2002 wird der Magistrat wird gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

Inwieweit befasst sich das Land Hessen in seiner Zuständigkeit für Bildung mit der Situation ausländischer Kinder an den Sonderschulen?

Welche pädagogischen Testverfahren werden beim Sonderschulüberprüfungsverfahren angewendet? Wird das Kaufman-Assessment Battery for Children (K-ABC) angewandt oder ist daran gedacht, es anzuwenden?

Werden bei dem Überprüfungsverfahren auch die Bildungsabteilungen der jeweiligen Diplomatischen Vertretung mit einbezogen?

Trifft es zu, dass jedes Jahr alle Sonderschulplätze ausgelastet sein müssen?

Wenn nein, wie hoch war die jeweilige Auslastung in den letzten 10 Jahren?

Begründung:

Der stetig zunehmende Anteil von ausländischen Kindern an den Sonderschulen ist alles andere als nebensächlich oder gar unwichtig. In den Schulen werden die Weichen für das spätere Leben gestellt. Durch die schlechteren Schulabschlüsse der Jugendlichen verschlechtern sich zunehmend auch deren Ausbildungschancen.

Obwohl die Situation an den Sonder- und Hauptschulen schon lange bekannt ist, beweisen die Statistiken, dass es nicht besser, sondern im Gegenteil schlechter wird. Wir möchten erfahren, welche Maßnahmen die Stadt Frankfurt ergreift, bzw. ergreifen will, um dem Trend entgegen zu wirken.

Die schulische Bildung unserer Kinder liegt in der Kompetenz des Landes, doch sollte es der Stadt Frankfurt am Main wichtig sein, auch hier im Bereich ihrer Möglichkeiten Einfluss zu nehmen, da sie als Stadt mit einem besonders hohen Ausländeranteil auch besonders von dem Problem betroffen ist. Es bleibt unbestritten, dass schon in den Kindergärten die Voraussetzungen für Chancengleichheit in den Schulen gesetzt werden können. Die pädagogische Verantwortung liegt hier in den Händen der Stadtverwaltung.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

KA 09 vom 25.11.2002

Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

Vorbereitung ausländischer Kinder auf die Einschulung

Gemäss Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 12. öffentlichen ordentlichen KAV-Plenarsitzung am 25.11.2002 wird der Magistrat gebeten, folgende Anfrage zu beantworten:

1. Welche Maßnahmen wurden/werden bei der Stadt Frankfurt am Main – besonders in den Kindergärten – getroffen, um ausländischen Kindern bei der Einschulung Chancengleichheit zu gewähren?
2. Werden in den Kindergärten Förderkurse angeboten, die sprachliche Defizite ausgleichen?
3. Werden die Eltern der ausländischen Kinder, die ihre Kinder in keinem Kindergarten anmelden, nochmals dazu aufgefordert und bei Nichtbeachtung auf die Folgen hingewiesen?

Begründung:

In Hessen werden immer mehr ausländische Kinder von der Einschulung zurückgestellt. Das geht aus dem "Migrationsreport 2002" des Landes hervor. Im Landesdurchschnitt wurden 21 % der ausländischen Kinder nicht mit sechs Jahren eingeschult. Man rechnet damit, dass sich durch die neuen Einschulungsregeln mit ihren verschärften Anforderungen an die Sprachfähigkeit diese Quote noch erhöhen wird.

Die ausländischen Kinder kommen mit der deutschen Sprache zum ersten Mal in den Kindergärten in Berührung. Das bedeutet, dass die Kindergärten die

Aufgabe haben, den Kindern bis zum Schulanfang die deutsche Sprache so weit zu vermitteln, dass sie ohne Probleme in die Grundschule aufgenommen werden können.

Konkrete Maßnahmen – wie z.B. die frühe Aufnahme der Kinder in die Kindergärten und die Ausbildung des Betreuungspersonals – sind dringend notwendig, um Chancengleichheit zu verwirklichen.

Dabei ist darauf zu achten, dass so frühzeitig wie möglich die Familie eingebunden wird. Nicht nur, weil die Familie in dem Prozeß des Deutschlernens mithelfen muß, sondern auch, um den Eltern die Wichtigkeit deutlich zu machen.

gez. Sitki

Vorsitzender der KAV

KA 10 vom 25.11.2002

Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

Das neue Einschulungsverfahren in Hessen

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 12. öffentlichen KAV-Plenarsitzung am 25.11.2002 wird der Magistrat gebeten, folgende Anfrage zu beantworten:

1. Wie werden die Eltern über die Vorlaufkurse informiert, z. B. wenn die Kinder keinen Kindergarten besuchen?
2. In welchen Einrichtungen (Kindergärten, Schulen, sonstigen Einrichtungen) werden die Vorlaufkurse durchgeführt?
3. Wie viele Kinder nehmen an Vorlaufkursen teil, z. B. wenn sie nicht in dem besuchten Kindergarten stattfinden? Wie wird die Teilnahme organisiert?
4. Wie viele Stunden Unterricht erhalten die Kinder pro Woche?
5. Wie groß ist die Gruppenstärke?
6. Wer ist der Träger der Maßnahme und haben die Lehrkräfte ein entsprechendes Zusatzstudium?
7. Wird bei der Feststellung der sprachlichen Kompetenz auch der Stand der Muttersprache mit einbezogen, um genauere Entwicklungsprognosen für den Erwerb der deutschen Sprache festzustellen?

Begründung:

Seit Beginn des neuen Schuljahres ist das neue Einschulungsverfahren in Kraft getreten. Wir begrüßen die Förderung in Deutsch von ausländischen Kindern. Bedauern aber sehr, dass bei Eltern sowie Multiplikatoren großer Informationsmangel hinsichtlich der Durchführung besteht. Auch kritisieren wir das Verfahren zur Feststellung der sprachlichen Kompetenz in Deutsch. Das Einschulungsverfahren erscheint uns sehr undifferenziert, enthält keine standardisierten Merkmale und kann zu unterschiedlichen Ergebnissen führen, die von den entscheidenden Lehrkräften bewertet werden.

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

KA 11 vom 25.11.2002

Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

Ausländische Schüler und Schülerinnen an Frankfurter Sonderschulen

Unser Antrag KA 00004 vom 29.07.02

Ihre Stellungnahme vom 30.09.02

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 12. öffentlichen KAV-Plenarsitzung am 25.11.2002.

Wir beziehen uns auf die Stellungnahme des Staatlichen Schulamtes vom 04.09.02 und bitten Sie, uns die weiteren Fragen zu beantworten:

1. Wie verteilen sich die Überweisungen in die Sonderschule nach Alter, Schulklasse und Staatsangehörigkeit?
2. Welche Defizite sind der häufigste Grund, wenn Schüler einer Sonderschule zugewiesen werden? (Nach Staatsangehörigkeit getrennt auflühren)
3. Wie viele Schüler haben im letzten Schuljahr eine Fördermaßnahme in der Regelschule besucht? Mit welchen Ergebnissen?
4. Für wie viele Schüler wurde ein Förderausschuss im Schuljahr 2001/02 einberufen und mit welchem Ergebnis? (nach Staatsangehörigkeit getrennt)
5. Wie viele Schüler aus Migrantenfamilien, die im Jahr 2001/02 an eine Sonderschule überwiesen wurden, besuchten in der Regelschule den herkunftssprachlichen Unterricht?

gez. Sitki
Vorsitzender der KAV

VI

Die Veranstaltungen der KAV 2002

Anhörung zu den Ergebnissen
der Ausländerbeiratswahlen vom 04.11.2001
(04. Februar 2002)

Die Wahlbeteiligung an den Ausländerbeiratswahlen 2001 war alles andere als befriedigend. In einer Anhörung im Plenarsaal ging es uns darum, Ursachen für das Debakel herauszufinden. Dazu referierten unter anderem Frau Foraci (AGAH), Herr di Benedetto (Vorsitzender Kreisausländerbeirat Offenbach), Herr Saygin (Vorsitzender Ausländerbeirat Kassel) und Frau Prof. Dr. Haller. Die Ergebnisse dieser Anhörung und anderer Initiativen werden uns für die Vorbereitung der nächsten Wahl sehr nützlich sein.

Treffen mit den Vereinen
(24. April 2002)

Bei einem Treffen mit Vertretern von ausländischen Vereinen ging es um die Möglichkeiten der Nutzung eines "Hauses der Kulturen". Näheres hierzu können Sie in diesem Jahresbericht unter dem Punkt "2002 im Focus der KAV" lesen. Wir nutzten diese Gelegenheit aber auch, um mit den ausländischen Vereinen in der Stadt in Kontakt zu bleiben. Sie sind wichtiger Bestandteil des kulturellen Lebens und dürfen bei wichtigen ausländerrelevanten Entwicklungen nicht übergangen werden. Dieser Kontakt ist uns deshalb weiterhin sehr wichtig.

"Tage der offenen Tür"

(8./9. Juni 2002)

Auch im Jahr 2002 beteiligte sich die KAV wieder an den Tagen der offenen Tür der Stadt Frankfurt am Main. Die "Tage der offenen Tür" bieten eine wichtige Möglichkeit des Kontaktes zwischen der Bevölkerung und Ämtern und Gremien der Stadtverwaltung. Seit Jahren findet hier – organisiert vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten – ein internationales Fest auf dem Paulsplatz statt. Wir informierten an einem Stand auf diesem Fest über unsere politische Arbeit und unterhielten uns mit Interessenten.

Festakt zum 11jährigen Bestehen der KAV

(30.11.2002)

Da wir letztes Jahr wegen der KAV-Wahlen unser 10jähriges Bestehen nicht feiern konnten, haben wir dies mit einem Festakt nachgeholt. Eingeladen waren führende Kommunalpolitiker sowie Vertreter der ausländischen Vereine. Der Festakt im Römerkeller war mit über 100 Gästen sehr gut besucht und bot deshalb ebenfalls eine Plattform sowohl mit Politikern als auch mit den Vereinsvertretern in Kontakt zu bleiben.

Die KAV im Internet

Im Berichtsjahr wurde die Homepage der KAV fertig gestellt. Unter der Adresse www.stadt-frankfurt.de sind wir über die Menüpunkte "Rathaus" und "Politik" erreichbar. Auf unserer Webpage sind alle Informationen rund um die KAV zu finden: Alle Mitglieder, alle Listen, sowie Allgemeines und Aktuelles unserer Arbeit.

VIII

Ausländische Bevölkerung in Frankfurt am Main nach Zahlen

Einwohnerstand am 31.12.2002

(Quelle: Frankfurter Statistik
Aktuell, Nr. 05/2003)

	31.12.2002	Veränderung zu 31.12.2001
Insgesamt	649 933	+ 3 725
Darunter Ausländer	171 411	- 834

Prozentuale Ausländerquote: 26,4 %

Einwohnerbewegung bei Ausländern:

(Quelle: Frankfurter Statistik
Aktuell, Nr. 05/2003)

Zuzüge	6 054
Wegzüge	6 366
Saldo	- 312
Geburten	390
Sterbefälle	107
Saldo	+ 283
Staatsangehörigkeits- wechsel	- 1077

Einwohner mit Hauptwohnung in Frankfurt a.M. am 31.12.2002 nach Kontinenten und ausgewählten Staatsangehörigkeiten

(Quelle: Melderegister Frankfurt am Main)

Staatsangehörigkeit	Anzahl	
	absolut	in %
Europa	127 506	74,8
davon :		
EU-Staaten zusammen	45 274	26,6
Belgien	346	0,2
Dänemark	237	0,1
Finnland	491	0,3
Frankreich	3 621	2,1
Griechenland	7 594	4,5
Großbritannien u. Nordirland	3 325	2,0
Irland	555	0,3
Italien	15 402	9,0
Luxemburg	113	0,1
Niederlande	1 077	0,6
Österreich	2 800	1,6
Portugal	3 900	2,3
Schweden	460	0,3
Spanien	5 353	3,1
übriges Europa zusammen	82 232	48,2
darunter:		
Bosnien u. Herzegowina	5 326	3,1
Bulgarien	964	0,6
Jugoslawien	14 281	8,4
Kroatien	12 609	7,4
Mazedonien	1 393	0,8
Polen	4 726	2,8
Rumänien	1 700	1,0
Russische Föderation	1 983	1,2
Türkei	32 701	19,2
Ukraine	1 668	1,0
Ungarn	881	0,5

Staatsangehörigkeit	Anzahl	
	absolut	in %
Afrika	12 917	7,6
darunter:		
Ägypten	548	0,3
Algerien	358	0,2
Angola	100	0,1
Äthiopien	1 036	0,6
Eritrea	897	0,5
Ghana	470	0,3
Kamerun	298	0,2
Kenia	140	0,1
Marokko	7 069	4,1
Nigeria	223	0,1
Südafrika	108	0,1
Sudan	162	0,1
Tunesien	516	0,3
Indonesien	366	0,2
Irak	269	0,2
Iran	2 701	1,6
Israel	595	0,3
Japan	2 289	1,3
Jordanien	274	0,2
Korea, Republik	879	0,5
Pakistan	1 480	0,9
Philippinen	653	0,4
Sri Lanka	924	0,5
Syrien	154	0,1
Thailand	1 114	0,7
Vietnam	540	0,3
Australien u. Ozeanien	364	0,2
darunter:		
Australien	287	0,2
Staatenlos	1 149	0,7
Ungeklärt u. ohne Angabe	498	0,3

VIII

Sitzungstermine der KAV 2003

Plenarsitzungen:

Montag, 13.01. 2003

Montag, 10.02. 2003

Montag, 10.03. 2003

Montag, 28.04. 2003

Montag, 26.05. 2003

Montag, 30.06. 2003

Montag, 01.09. 2003

Montag, 01.10. 2003

Montag, 02.11. 2003

Montag, 01.12. 2003

Die Plenarsitzungen finden im Plenarsaal des
Römers,
Römerberg 23,
in der Regel um 18:00 Uhr statt
und sind öffentlich.



**KAV - Die Kommunale Ausländer-
und Ausländerinnenvertretung
Frankfurt am Main**